

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1991 bis 1999 Band 6

Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland

Band 6/121: 22.08.1998 – 30.09.1998

22.08.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. August 1998: >>>Kohl lehnt Fonds für NS-Zwangsarbeiter ab

Bundeskanzler Helmut Kohl hat jede Beteiligung der Regierung an einem Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern in der Nazi-Zeit abgelehnt.

Der Bund werde seine "Wiedergutmachungskasse" nicht wieder öffnen, da er schon Entschädigungen an Holocaust-Opfer in Osteuropa geleistet habe, sagte Kohl ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern der Nazi-Zeit (x169/126-135): >>... Materielle Entschädigung für den Holocaust "ist die größte moralische Prüfung, der sich Europa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gegenüber sieht", behauptet Itamar Levin. "Dies wird der wirkliche Prüfstein für den Umgang des Kontinents mit dem jüdischen Volk."

In der Tat machte sich die Holocaust-Industrie, ermutigt durch ihren Erfolg beim Abkassieren der Schweizer, schnell daran, auch das übrige Europa zu "prüfen". Als nächstes kam Deutschland an die Reihe.

Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Dieselben drei juristischen Teams (Hausfeld-Weiss, Fagan-Swift und der Weltrat der orthodoxen jüdischen Gemeinden) brachten Sammelklagen gegen die deutsche Privatindustrie ein; sie forderten nicht weniger als 20 Milliarden Dollar Entschädigung.

Der New Yorker Finanzchef Hevesi winkte mit der Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts und begann, die Verhandlungen im April 1999 zu "beobachten". Der Bankenausschuß des Repräsentantenhauses hielt im September Anhörungen ab.

Die Abgeordnete Carolyn Maloney erklärte, daß "die verflossene Zeit keine Entschuldigung für unrechtmäßige Bereicherung sein darf" (jedenfalls nicht die aus jüdischer Zwangsarbeit - die afrikanisch-amerikanische Sklavenarbeit ist eine andere Geschichte), während der Ausschußvorsitzende Leach, der sein altes Skript erneut verlas, tönte, daß "die Geschichte keine Verjährungsfrist kennt".

Deutsche Firmen, die in den Vereinigten Staaten Geschäfte machten, teilte Eizenstat dem Ausschuß mit, "legen Wert auf ihr gutes Ansehen hierzulande, und sie werden in den USA und in Deutschland weiterhin jene gute staatsbürgerliche Gesinnung beibehalten, die sie immer gezeigt haben."

Unter Verzicht auf diplomatische Nettigkeiten drängte der Kongreßabgeordnete Rick Lazio den Ausschuß ganz unverblümt, "sich auf die deutschen Firmen des privaten Sektors zu konzentrieren, insbesondere auf jene, die in den USA Geschäfte machen".

Um die öffentliche Hysterie gegen Deutschland anzuheizen, brachte die Holocaust-Industrie

im Oktober verschiedene ganzseitige Zeitungsanzeigen heraus. Die schreckliche Wahrheit war nicht genug; man bediente alle Register DES HOLOCAUST. Eine Anzeige, die sich gegen den deutschen Pharmahersteller Bayer richtete, brachte Josef Mengele ins Spiel, obwohl es keinerlei Beweise dafür gibt, daß Bayer dessen mörderische Experimente "gesteuert" hat.

In der Erkenntnis, der Wucht DES HOLOCAUST nicht standhalten zu können, unterwarfen die Deutschen sich am Ende des Jahres einem umfangreichen finanziellen Vergleich. Die Londoner Times führte diese Kapitulation auf die "Holocash-Kampagne" in den Vereinigten Staaten zurück. "Ohne den persönlichen Einsatz von Präsident Clinton ... sowie anderer hoher Beamter" der US-Regierung, teilte Eizenstat dem Bankenausschuß später mit, "hätten wir keine Einigung erreicht."

Wie die Holocaust-Industrie anklagend feststellte, hätte Deutschland eine "moralische und rechtliche Verpflichtung", ehemalige jüdische Zwangsarbeiter zu entschädigen. "Diese Zwangsarbeiter verdienen ein wenig Gerechtigkeit", plädierte Eizenstat, "für die paar Jahre, die sie noch zu leben haben."

Doch es ist, wie weiter oben schon gezeigt, einfach nicht wahr, daß sie keinerlei Entschädigung erhalten hätten. In die ursprünglichen Abkommen mit Deutschland zur Entschädigung von Häftlingen der Konzentrationslager waren auch jüdische Zwangsarbeiter einbezogen gewesen. Die deutsche Regierung entschädigte ehemalige jüdische Zwangsarbeiter für den "Freiheitsentzug" und für "Beeinträchtigung der Gesundheit".

Nur die zurückbehaltenen Löhne wurden nicht formell entschädigt. Jene, die bleibende Schäden erlitten hatten, erhielten eine ansehnliche lebenslange Rente. Deutschland bedachte auch die Jewish Claims Conference mit annähernd einer Milliarde Dollar (nach heutigem Wert) für jene jüdischen ehemaligen Lagerhäftlinge, die nur die Minimal-Entschädigung erhalten hatten. Die Claims Conference verstieß ... gegen das Abkommen mit Deutschland und verwendete die Gelder statt dessen für ihre verschiedenen Lieblingsprojekte. ...

Die Frage, was eine "angemessene" Entschädigung für ehemalige jüdische Zwangsarbeiter darstellen könnte, ist schlechterdings nicht zu beantworten. Man kann jedoch folgendes festhalten: Dem neuen Abkommen zufolge wird jeder ehemalige jüdische Zwangsarbeiter vermutlich etwa 7.500 Dollar erhalten. Wenn die Claims Conference die ursprünglich von Deutschland gezahlten Gelder angemessen verteilt hätte, hätten sehr viel mehr jüdische Zwangsarbeiter sehr viel früher sehr viel mehr Geld erhalten.

Ob die "bedürftigen Holocaust-Opfer" je etwas von den neuen Geldern aus Deutschland sehen werden, ist eine offene Frage.

Die Claims Conference wünscht, daß ein großer Anteil als "Sonderfonds" zu ihrer Verfügung abgezweigt wird. Dem Jerusalem Report zufolge hat die Konferenz "viel zu gewinnen, wenn sie dafür sorgt, daß die Überlebenden nichts bekommen".

Der israelische Knesseth-Abgeordnete Michael Kleiner (Herut-Partei) geißelte die Konferenz als einen "Judenrat, der das Werk der Nazis auf andere Weise fortsetzt". Sie sei eine "unredliche Körperschaft, die sich in professionelle Geheimniskrämerei hüllt und durch abstoßende öffentliche und moralische Korruption verdorben ist", klagte er, "eine Körperschaft der Finsternis, die jüdische Holocaust-Überlebende und deren Erben mißhandelt, während sie selbst auf einem riesigen Haufen Geld sitzt, das Privatpersonen gehört, aber alles unternimmt, (das Geld) zu erben, während diese noch am Leben sind".

In der Zwischenzeit erging sich Stuart Eizenstat in weiteren Lobreden über das "transparente Vorgehen, das die Jewish Material Claims Conference in den letzten vierzig-und-ein-paar Jahren gezeigt hat".

Was jedoch blanken Zynismus angeht, wird Rabbi Israel Singer von niemandem übertroffen. Nach den Abkommen mit der Schweiz und Deutschland wiederholte er vor dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses salbungsvoll, daß "es eine Schande wäre", wenn die Holo-

caust-Entschädigungen "an Erben statt an Überlebende ausbezahlt" würden. "Wir wollen nicht, daß dieses Geld an Erben ausgezahlt wird. Wir wollen, daß das Geld an die Opfer bezahlt wird."

Doch wie "Haaretz" berichtet, war es vor allem Singer, der dafür eintrat, die Holocaust-Entschädigungen zu verwenden, "um die Bedürfnisse des ganzen jüdischen Volkes zu befriedigen, und nicht nur die jener Juden, die das Glück hatten, den Holocaust zu überstehen und bis ins hohe Alter zu leben."

Henry Friedlander, der geachtete Historiker und Auschwitz-Häftling, skizzierte in einer Veröffentlichung des US Holocaust Memorial Museums für das Kriegsende folgendes Zahlenbild:

"Wenn Anfang 1945 etwa 715.000 Häftlinge in den Lagern waren und zumindest ein Drittel - das heißt etwa 238.000 - im Frühjahr 1945 starben, können wir annehmen, daß höchstens 475.000 Häftlinge überlebten. Da die Juden systematisch ermordet wurden und allenfalls jene, die man zur Arbeit auswählte - in Auschwitz etwa 15 Prozent -, auch nur eine Chance hatten, am Leben zu bleiben, müssen wir davon ausgehen, daß Juden nicht mehr als 20 Prozent der Menschen in den Konzentrationslagern (zur Zeit der Befreiung) ausmachten."

"Demnach läßt sich abschätzen", folgerte er, "daß die Zahl der jüdischen Überlebenden nicht mehr als 100.000 betragen haben kann."

Friedlanders Zahl der bei Kriegsende noch lebenden jüdischen Zwangsarbeiter gilt unter Wissenschaftlern übrigens als relativ hoch. In einer maßgeblichen Untersuchung schrieb Leonard Dinnerstein: "Sechzigtausend Juden ... verließen die Konzentrationslager. Innerhalb einer Woche waren mehr als 20.000 gestorben."

Während einer Besprechung im Außenministerium im Mai 1999 nannte Stuart Eizenstat eine Gesamtzahl von 70.000 bis 90.000 noch lebender Zwangsarbeiter, Juden wie Nichtjuden, wobei er die Zahl anführte, die von "sie vertretenden Gruppen" stammte.

Damit läge die Zahl der noch lebenden jüdischen Zwangsarbeiter bei 14.000 bis 18.000 (20 Prozent von 70.000 bis 90.000). Doch als sie in die Verhandlungen mit Deutschland eintrat, verlangte die Holocaust-Industrie Entschädigung für 135.000 noch lebende ehemalige jüdische Zwangsarbeiter.

Die Gesamtzahl der noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter (Juden wie Nichtjuden), wurde mit 250.000 angegeben. Anders gesagt, die Zahl noch lebender ehemaliger jüdischer Zwangsarbeiter hat sich seit Mai 1999 auf fast das Zehnfache erhöht, und das Verhältnis zwischen noch lebenden jüdischen und nichtjüdischen Zwangsarbeitern hat sich drastisch verschoben. Wenn man der Holocaust-Industrie glauben darf, leben heute mehr ehemalige jüdische Zwangsarbeiter als vor einem halben Jahrhundert.

"Welch verworrenes Netz spinnen wir", schrieb Sir Walter Scott, "wenn wir erst anfangen zu betrügen." Während die Holocaust-Industrie Zahlenspiele treibt, um ihre Entschädigungsforderungen hochzutreiben, machen sich Antisemiten voller Schadenfreude lustig über die "jüdischen Lügner", die sogar ihre Toten "verhöckern". Mit dieser Zahlenakrobatik wäscht die Holocaust-Industrie den Nationalsozialismus, wenn auch unbeabsichtigt, rein.

Raul Hilberg, beim Thema Holocaust die führende Autorität, gibt die Zahl der ermordeten Juden mit 5,1 Millionen an. Wenn aber heute noch 135.000 ehemalige jüdische Zwangsarbeiter am Leben sind, dann müssen ungefähr 600.000 den Krieg überlebt haben. Das übertrifft die anerkannten Schätzungen um mindestens eine halbe Million. Diese halbe Million müßte man dann von den 5,1 Millionen Ermordeten abziehen. Damit wird nicht nur die Zahl von "6 Millionen" immer unhaltbarer, sondern die Zahlen der Holocaust-Industrie nähern sich rasch denen der Holocaust-Leugner.

Man muß im Auge behalten, daß der Nazi-Führer Heinrich Himmler die Gesamtzahl der Lagerinsassen im Januar 1945 auf knapp über 700.000 bezifferte und daß laut Friedlander bis

zum Mai etwa ein Drittel von ihnen getötet wurde. Wenn nun aber die Juden nur etwa 20 Prozent der überlebenden KZ-Häftlinge ausmachten und, wie es die Holocaust-Industrie unterstellt, 600.000 jüdische Lagerinsassen den Krieg überlebten, dann müßten insgesamt sogar 3 Millionen Lagerinsassen überlebt haben. Nach diesen Schätzungen der Holocaust-Industrie dürften die Bedingungen in den Konzentrationslagern gar nicht so hart gewesen sein; ihnen zufolge müßte man von einer bemerkenswert hohen Vermehrungs- und einer bemerkenswert niedrigen Sterblichkeitsrate ausgehen.

Als gesicherte Auffassung gilt, daß die "Endlösung" als einmalig effiziente, fließbandartige industrielle Vernichtung abgelaufen ist. Doch wenn, wie die Holocaust-Industrie vorbringt, viele hunderttausend Juden überlebt hätten, könnte die "Endlösung" am Ende gar nicht so effizient abgelaufen sein. Sie müßte weniger zielgerichtet gewesen sein - genau das, was die Holocaust-Leugner vertreten. "Les extrêmes se touchent" - "die Extreme berühren einander".

Raul Hilberg hat in einem kürzlich erschienenen Interview betont, daß Zahlen von Bedeutung sind, wenn man die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis begreifen will. Die von der Claims Conference geänderten Zahlen stellen sein eigenes Verständnis in der Tat radikal in Frage.

Laut "Positionspapier" der Claims Conference für die Verhandlungen mit Deutschland über die Zwangsarbeit war diese " ... eine der drei von den Nazis angewandten Hauptmethoden, die Juden zu ermorden - die anderen beiden waren Erschießen und Vergasen. Einer der Zwecke der Sklavenarbeit war es, daß die Menschen sich zu Tode arbeiteten ...

In diesem Zusammenhang ist der Ausdruck 'Sklave' nicht ganz zutreffend. In der Regel sind Sklavenhalter daran interessiert, Leben und Arbeitsfähigkeit ihrer Sklaven zu erhalten. Bei diesen 'Sklaven' hatten die Nazis jedoch vorgesehen, ihre Arbeitskraft zu nutzen und die 'Sklaven' anschließend zu vernichten."

Abgesehen von Holocaust-Leugnern hat bisher kein Mensch bestritten, daß die Nazis die Zwangsarbeiter für dieses schreckliche Schicksal bestimmt hatten. Wie lassen sich diese anerkannten Tatsachen aber mit der Behauptung in Einklang bringen, in den Lagern hätten viele hunderttausend jüdische Zwangsarbeiter überlebt? Hat die Claims Conference dadurch nicht eine Bresche in die Mauer geschlagen, die die schreckliche Wahrheit über den Holocaust von der Leugnung des Holocaust trennte?

In einer ganzseitigen Anzeige in der New York Times verurteilten Größen der Holocaust-Industrie wie Elie Wiesel, Rabbi Marvin Hier und Steven T. Katz "Syriens Leugnung des Holocaust". Der Text zog über einen Leitartikel in einer regierungsoffiziellen syrischen Zeitung her, in dem behauptet wurde, daß Israel "Geschichten über den Holocaust erfindet", um "mehr Geld von Deutschland und von verschiedenen europäischen Institutionen zu erhalten".

Leider trifft der syrische Vorwurf zu. Doch die Ironie, die sowohl der syrischen Regierung als auch den Unterzeichnern der Anzeige entging, liegt darin, daß diese Geschichten, die von vielen hunderttausend Überlebenden sprechen, selbst eine Art von Leugnung des Holocaust darstellen. ...<<

Der deutsche CDU-Politiker Alfred Dregger (1920-2002, 1982-1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) schreibt am 22. August 1998 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>"Antifa": Sie kämpft gegen die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes

Niemand in Europa hätte an der Zeitenwende 1990/91 geglaubt, daß Kommunisten bald wieder ihre Ziele aufgreifen und offen oder verdeckt je wieder reale Macht ausüben würden. Diese Hoffnung hat getrogen. Die Verführungskraft von Ideologen ermöglicht sogar deren Wiedergeburt. In Frankreich und Italien sind Kommunisten wieder an der Regierung beteiligt. In Rußland sind sie stärkste Fraktion in der Staatsduma und blockieren dort - zusammen mit den Nationalisten - die notwendigen Reformen. Bei uns in Deutschland "tolerieren" die kaum ge-

wendeten SED-Nachfolger in der PDS die Minderheitsregierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Höppner in Sachsen-Anhalt.

Natürlich propagieren die Kommunisten heute nicht mehr die Weltrevolution. Aber sie suchen mit Erfolg Partner für Bündnisse und gemeinsame Aktionen, mit deren Hilfe sie zunächst einmal das politische Koordinatensystem in ihrem Sinne nach links verschieben wollen.

Als das wohl wirkungsvollste Mittel dafür haben die Kommunisten den "Antifaschismus" erkoren. Schon Walter Ulbricht hatte seinerzeit damit seine Herrschaft in der sowjetisch-besetzten Zone legitimieren wollen und als Vorstufe zum Sozialismus eine "Antifaschistisch-Demokratische Ordnung" proklamiert. Die Bundesrepublik Deutschland hingegen sollte als Nachfolgestaat der Nationalsozialisten "nazifiziert" werden.

Dann kam - für viele unerwartet und für fast ebenso viele nicht mehr erwünscht - die Wende, der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Aus war der Traum der Linken von der sozialistischen Spielwiese in der DDR. Doch sie konnte sich damit nicht abfinden. Dies ist die wahrscheinlichste Erklärung für den Eifer, mit dem sie die große nationale Aufgabe der Einheit behindert, deren Erfolg leugnet und deren Konzepte miesmacht.

Seitdem gibt es immer wieder Versuche, Deutschland erneut unter "Faschismusverdacht" zu stellen, Deutschland darzustellen als historischen einzigartigen Verbrecherstaat und alle, auf die wir in unserer Geschichte mit Stolz zurückblicken können, einer "antifaschistischen" Inquisition zu unterziehen. Da geht es um Kasernennamen, um Ehrenmale, um Friedhöfe mit den Gräbern von jungen Soldaten, die für Deutschland gefallen sind. Es ging sogar - wie dies die Debatte um den 9. Mai 1945 gezeigt hat - um das Recht auf die Trauer schlechthin.

Ein Freudenfest hätten wir feiern sollen nach der Zumutung jener, die nicht wahrhaben wollen, daß der 9. Mai 1945 nicht nur die Niederlage Deutschland besiegelte und damit auch die Befreiung vom Nationalsozialismus, sondern auch Stalins Herrschaft über einen Teil Deutschlands begründet hat und die Teilung unseres Vaterlandes sowie die kommunistische Diktatur in der DDR ihren Anfang nahmen. Zudem steht der 9. Mai 1945 noch für den Leidensweg von Millionen deutscher Flüchtlinge, von Heimatvertriebenen und Kriegsgefangenen.

"Antifaschismus" läßt sich heute zu vielerlei Zwecken gebrauchen: z.B. als Keule, um Andersdenkende willfährig oder mundtot zu machen. Unter den vielen Initiativen und Kampagnen, mit denen seit 1990 "antifaschistischer Kampf" um die Meinungsführerschaft in Deutschland geführt wird, mit dem Ziel eines "Politikwechsels" bzw. einer "anderen Republik", möchte ich hier nur einige nachzeichnen, die sich gegen die Wehrmacht richteten und richten, in der mehr als 18 Millionen Deutsche überwiegend aufgrund einer gesetzlichen Wehrpflicht ihren Dienst für ihr Vaterland leisten mußten.

Die Kampagne begann mit einem Artikel in der Wochenzeitung "Die Zeit". Dort hieß es am 31. Januar 1992: "Was, bald 50 Jahre nach Kriegsende, immer noch fehlt, ist eine öffentliche Darstellung der größten 'Mord- und Terrororganisation' der deutschen Geschichte: der deutschen Wehrmacht". Das war ein ungeheurer Vorwurf. Ich habe damals an den Herausgeber dieser Zeitung, Altbundeskanzler Helmut Schmidt, geschrieben:

"Dies ist insbesondere eine Verleumdung derer, die im Krieg für ihr Vaterland gefallen sind, wie mein Bruder, und die sich dagegen nicht mehr zur Wehr setzen können. Wir aber, die wir das Glück hatten - oder die Gnade - zurückzukehren, wir dürfen den Vorwurf des Mordes und des Terrors auf unseren gefallenen Kameraden nicht sitzenlassen. Deshalb fordere ich Sie auf: Tragen Sie dafür Sorge, daß diese maßlose Verleumdung von Ihrem Blatt widerrufen wird."

Helmut Schmidt antwortete postwendend: "Die von Ihnen gerügte Bezeichnung der deutschen Wehrmacht als 'größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte' findet meine scharfe Kritik. 'Die Zeit' wird ihre Mißbilligung auch nach außen erkennbar machen."

Nun, "Die Zeit" hat dann meinen Brief an Helmut Schmidt als Leserbrief veröffentlicht. Das war sie, die "Mißbilligung". Sie galt auch nur für eine Weile. Denn bereits im März 1995 ver-

anstattete dieses Blatt ein "Zeit-Forum", auf dem die Kampagne gegen die Wehrmacht fortgeführt wurde.

Auf diesem Forum bemerkte Dr. Theo Sommer einleitend: "50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist es unvermeidlich, daß auch die Rolle der Wehrmacht in diesem Krieg näher betrachtet wird."

Auf diesem Forum wurde z.B. darauf hingewiesen, Heydrich sei Offizier der Marine gewesen. Offensichtlich paßte dieses Argument gut in das geplante Agitationsmuster, demzufolge Heydrich und Admiral Canaris neben Admiral Dönitz die Nazi-Hörigkeit der Marine belegen sollten; ausgerechnet Canaris, der als Angehöriger des militärischen Widerstandes gegen Hitler am 9. 4. 1945 gehängt worden ist. Verschwiegen wurde hingegen, daß der Oberleutnant zur See Heydrich bereits im April 1931 (!) aus der Marine ausgestoßen wurde - wegen Unwürdigkeit.

Inzwischen macht diese Kampagne tatsächlich nicht mehr Halt vor dem militärischen Widerstand gegen Hitler. In einem Aufsatz im Begleitbuch zur Heer/Reemtsma-Ausstellung gegen die Wehrmacht wird versucht, sogar dessen aktivste Gruppe, die um Henning von Tresckow, als Täter im "schmutzigen Partisanenkrieg" und beim "Holocaust" anzuprangern. Ausgerechnet von Tresckow, der bekanntlich wegen der Nazimorde das Attentat auf Hitler - "koste es, was es wolle" - gefordert hat, um damit von der moralischen Substanz des anderen Deutschland Zeugnis zu geben!

Soll etwa mit solchem Verurteilungseifer nun auch der Widerstand gegen Hitler geleugnet, zumindest aber relativiert werden? Und warum soll das geschehen? Vielleicht, weil nach den Worten des großen Franzosen und Europäers Joseph Rovin, der als Jude Dachau überlebt hat, "die Männer und Frauen des Widerstandes zu jenen gehören, denen das deutsche Volk es verdankt, in Ehren weiterleben zu können".

Das Kalkül ist einfach: Gelänge es, selbst den Widerstandskämpfern die Ehre zu nehmen, wäre das ganze deutsche Volk entehrt. Und das ist offensichtlich das Ziel. Der auch von der Antifa-Agitation immer wieder vorgetragene Hauptvorwurf gegen die Wehrmacht lautet, sie habe sich für Hitlers "Angriffskrieg" zur Verfügung gestellt. Was heißt "zur Verfügung gestellt", angesichts einer gesetzlich begründeten allgemeinen Wehrpflicht, der sich niemand entziehen konnte?

Die Angehörigen meines Jahrgangs (1920) konnten Hitler nicht wählen. Dafür waren sie zu jung. Aber sie wurden von ihm in den Krieg geschickt, und nur die Hälfte davon ist daraus zurückgekehrt. Die aber, die nicht zurückgekehrt sind, sind nicht für Hitler gestorben, den Verderber Deutschlands, sondern für unser Vaterland. Ein Schuft, wer ihnen jetzt auch noch die Ehre nehmen wollte!

Neuerdings versucht man sogar, Überläufern und Deserteuren Denkmäler zu errichten. Sollte es ehrenwerter gewesen sein, zu Stalin überzulaufen, anstatt das deutsche Volk und die deutschen Frauen gegen dessen Rote Armee zu verteidigen?

Wahr ist, daß die Nationalsozialisten schreckliche Verbrechen begangen haben; das gilt insbesondere für die Ausrottungsmorde an den deutschen und europäischen Juden. Wahr ist weiter, daß auch Soldaten der Wehrmacht an solchen Verbrechen beteiligt waren. Es ist aber ebenso wahr, daß die große Masse der mehr als 18 Millionen deutschen Soldaten keinen Anteil daran hatte. Sie haben auch nicht an den Fronten gekämpft, um hinter diesen das Vernichtungswerk der NS-Einsatzgruppen zu ermöglichen, wie es in verleumderischer Absicht immer wieder unterstellt wird. Dieses Vernichtungswerk fand übrigens unter größter Geheimhaltung statt, weil Hitler wußte, daß das deutsche Volk ihm auf diesem Weg nicht zu folgen bereit gewesen wäre.

Es ist auch wahr, daß in der Wehrmacht Disziplin herrschte. Plünderungen und Vergewaltigungen wurden schärfstens bestraft. Massenvergewaltigungen wie seitens der Roten Armee

und in diesem Jahrzehnt wieder durch die serbische Soldateska, hat es bei der deutschen Wehrmacht nicht gegeben, und schon gar nicht wären solche von der Führung hingenommen oder gar von ihr begünstigt worden. Es gab auch in der Wehrmacht keinen der Propaganda Ilja Ehrenburgs vergleichbaren Aufruf zu Verbrechen und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung.

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde die Ehre der deutschen Soldaten, die an diesem Krieg teilnehmen mußten, hochgehalten; in Deutschland, wie bei unseren Kriegsgegnern. Seit Jahren tingelt nun eine von dem früheren Kommunisten Heer und dem Zigarettensmilliardär Reemtsma organisierte Ausstellung durch deutsche Lande, die das Andenken und die Ehre der deutschen Soldaten besudelt. Das soll sie wohl sein, die öffentliche Darstellung der Wehrmacht als "größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte", wie "Die Zeit" es bereits 1992 gefordert hatte.

"Verbrechen der Wehrmacht", so heißt diese Ausstellung, ein infames Machtwerk, das der früheren sowjetischen Propaganda in nichts nachsteht. Inzwischen hat sich ein Designer zu Wort gemeldet und bekundet, im Auftrage Reemtsmas und mit dessen Geld die ihm zu dieser Ausstellung passenden Bilder aus sowjetischen Archiven zusammengeklaut zu haben; ein Designer also, einigermaßen erfahren mit dem wirkungsvollen Arrangement von Ausstellungen, aber ohne jede Sachkenntnis und Qualifikation im Hinblick auf den Ausstellungsgegenstand und die kriegsgeschichtlichen Zusammenhänge.

Die Ausstellung versöhnt nicht, sie spaltet. Und das soll sie wohl auch. Wer aber auf diese Weise einen Keil zwischen die Generationen unseres Volkes treibt, der trifft es in der Seele und gefährdet seinen Zusammenhalt. Das ist kein Werk des Friedens, sondern des Unfriedens. Daß diese Ausstellung zu den Aktionen des "Antifaschismus" gegen Deutschland zählt, können wir daran erkennen, daß es die PDS gewesen ist, die den Antrag gestellt hatte, diese Ausstellung auch in den Räumen des Deutschen Bundestages zu zeigen. Gott sei Dank wurde dieses schlimme Ansinnen abgelehnt.

Wenn es gelänge, alle jene als Verbrecher darzustellen, die in der Wehrmacht gedient haben und alle jene als Hitlers Mittäter zu denunzieren, die sich ihm nicht unter höchstem Risiko in den Weg gestellt haben, dann verlöre unser Volk seine Selbstachtung, sein Selbstvertrauen und damit auch seinen Willen zur Selbstbehauptung.

Seit nunmehr acht Jahren gehören auch unsere Landsleute in der ehemaligen DDR dazu. Sie haben mehr als wir im Westen an den Folgen des von Hitler und Stalin angezettelten Krieges leiden müssen. Sie bauen ihre Heimat nun zu einem blühenden Gemeinwesen auf, mit unserer solidarischen Hilfe. Wir dürfen nicht zulassen, daß dieses Aufbauwerk just von jenen behindert und gestört wird, die für die Misere im "real existierenden Sozialismus" verantwortlich waren.

Der damals schon von schwerer Krankheit gezeichnete und inzwischen verstorbene französische Staatspräsident Mitterrand hat uns Deutschen am 8. Mai 1995 bei dem feierlichen Staatsakt mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern in Berlin ein großartiges Vermächtnis hinterlassen, das wir dankbar annehmen sollen. Er sagte:

"Ich bin nicht gekommen, um den Sieg zu feiern, über den ich mich für mein Land gefreut habe. Ich bin nicht gekommen, um die Niederlage der Deutschen zu unterstreichen, weil ich die Kraft, die im deutschen Volk ruht, kenne, seine Tugenden, seinen Mut - und wenig bedeuten mir in diesem Zusammenhang die Uniformen und selbst die Ideen, die in den Köpfen der Soldaten damals gewohnt haben, die in so großer Zahl gestorben sind. Sie waren mutig, sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin, für eine schlechte Sache. Aber ihre Haltung hatte damit nichts zu tun.

Sie liebten ihr Vaterland. Es ist notwendig, daß uns das klar wird. Europa, das bauen wir, aber unsere Vaterländer lieben wir. Bleiben wir uns selbst treu. Verbinden wir die Vergangenheit

mit der Zukunft, und wir werden in Frieden den Geist dieses Zeugnisses an jene weitergeben können, die uns nachfolgen."

Das sind Worte eines großen Franzosen und großen Europäers, der gegen Deutschland gekämpft hat. Er hat mit dieser Rede dem deutschen Volk den Weg gewiesen; den Weg des Friedens mit sich selbst, den Weg der Versöhnung mit seinen Nachbarn, den Weg zum Aufbau eines gemeinsamen Europa in Friede und Freiheit. Verneigen wir uns in Dankbarkeit vor diesem großen und aufrechten Mann und vor denen, die - in welcher Situation auch immer - das schwere Schicksal des Krieges tragen mußten.<<

August 1998

BRD: Die Zeitschrift "Politische Meinung" berichtet im August 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/156): >>... Zuweilen kann das Werk aufgrund des jetzigen Forschungsstandes nur Splitterwissen vermitteln. Gleichwohl besteht der generelle Wert des Buches darin, ein Luftloch geschlagen zu haben in das Packeis des organisierten Vergessens und Verharmlosens bis 1989. ...

"Es gibt unter Zeitgenossen", so Ehrhart Neubert von der Gauck-Behörde, "widersinnige Rechtfertigungen und Verharmlosungen der kommunistischen Herrschaft samt ihrer Verbrechen. Doch diese bestätigen eigentlich nur, wie leicht Menschen zu Tätern und politischen Verbrechern werden können." ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet im August 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 1998 über die hiesige Vergangenheitspflege (x853/...): >>Geschichtserinnerungen in "Auswahl"

... Es erscheint bemerkenswert, daß sich in den laufenden Jahren die Zuwendung zur jüngeren Vergangenheit der Deutschen immer mehr verstärkt, die Erinnerung an den schmerzhaftesten Vorgang ihrer Geschichte jedoch in gleicher Weise fortschreitend verblaßt. Und dies, obwohl sich ihr Schicksal in der Welt, in Sonderheit auf dem Balkan, an vielen kleineren Völkerschaften wiederholte und damit auf bittere Weise aktuell hielt.

Die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen aus dem Sudetenland, aus Ungarn und den Ostgebieten des Reiches scheint für die meisten Zeitgenossen kein "Thema" mehr zu sein, sondern längst der Geschichte anzugehören. Die sonst bei anderen "Singularitäten" entrüstet abgewehrte "Historisierung" hat sich im Falle der millionenfachen Menschendeportationen fast geräuschlos vollzogen.

Bis in die neunziger Jahre von den Vertreibern weitgehend totgeschwiegen und im eigenen Land in den Schatten passionierter "Vergangenheitsbewältigung" geschoben, geriet die Deutschen-Vertreibung der Nachkriegszeit immer mehr an den Rand der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die von den Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden getragenen Jahres- und Gedenktage wie die alljährlichen Pfingsttreffen und "Tage der Heimat" offenbaren von Mal zu Mal stärker die Ungleichheit erwiesener Anteilnahme seitens parteipolitischer Verantwortungsträger und zensurierender Meinungsführer in den etablierten Medien.

Flankiert von zunehmenden Infragestellungen reportierter Verluste und Leiden der Vertriebenen, bei denen weder ein Nach- oder Herunterrechnen der Todeszahlen als "Verharmlosung" oder "Volksverhetzung" gilt noch die andauernde Verweigerung einer Entschädigung als kritikwürdig betrachtet wird.

Vielmehr sind in letzter Zeit Versuche zu beobachten, den Vertriebenenverbänden öffentliche Finanzmittel zu kürzen oder ganz zu streichen, auf der anderen Seite jedoch den Vertreiberstaaten unter euphemistischen Bezeichnungen wie "Zukunftsfonds" um so bereitwilliger Gelder zur Verfügung zu stellen. Öffentliche Sparsamkeit scheint vornehmlich bei der Förderung ost- und sudetendeutscher Kulturarbeit geboten, bei der Erfüllung anderweitiger Forderung aber keine Rolle zu spielen. Das Paulus-Wort an die Hebräer 13, 16 ist in diesem Falle ebenso vergessen wie die Vorgeschichte der Deutschen-Vertreibung. Das beweisen nicht nur die sich

häufenden öffentlichen Auslassungen über die Vertriebenen und geistesarme Berichte über ihre Aktivitäten, sondern auch manche zeitgeistverhafteten "Selbstkritiken" arrivierter Vertriebener, die sich zu Lasten der Leidgenossen profilieren.

Ihre Beispiele reichen von hohen Partei-Amtswaltern über wohl bestellte "Talkmaster" bis zu rezensierenden Universitätsprofessoren. 50 Jahre nach der durchlittenen Vertreibung scheinen die Vertriebenen für die Hammer schwingenden "Volkspädagogen" wieder Amboß zu sein und als zeitgeschichtliches Freiwild zu gelten, dem man selbst auf ihren Gedenktagen und Erinnerungstreffen mit "Ermahnungen" und "Aufrufen zur Versöhnung" kommt.

Linkische Appelle, die derselben Unbedarftheit zu entspringen scheinen wie verbreitete Vorstellungen von der Vorgeschichte der Vertreibung, die sich in deren Ignoranz in der angeblichen Reaktion der Vertreiber auf die ihnen zuvor von Deutschen zugefügten Verbrechen erschöpft und damit zur bloßen "Vergeltung" verharmlost wird.

Daß Deutschböhmen und Deutschmährer 1938 zu Tausenden erst mit KZ-Baracken im "Großdeutschen Reich" bittere Erfahrungen machten und 1939 mit reichsdeutschen Kasernen, fehlt größtenteils im rudimentären Geschichtsbild der Vertriebenen-Kritiker.

In gleicher Weise geht ihnen die Kenntnis ab von der Tatsache, daß der tschechoslowakische Staatspräsident Benesch bereits im September 1938 den Gedanken einer teilweisen Vertreibung gehegt hat, als er achthunderttausend bis einer Million Sudetendeutscher eine "Bevölkerungsverlagerung" zuzumuten gedachte.

Wie den "Vergeltungs-Theoretikern" im allgemeinen völlig ungeläufig ist, daß die Polen im Frühjahr 1938 sich bereits nach einem Krieg mit Deutschland als Sieger sahen und Pläne für einen "Transfer" der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen hegten.

Absichten und Vorhaben, die bestanden, bevor ein deutscher Soldat seinen Fuß auf den Boden der Tschechoslowakei setzte bzw. Polen zu einem rechtlosen "Generalgouvernement" herabgedrückt wurde und unter der deutschen Fremdherrschaft zu leiden hatte; die nach der Kriegswende 1942/43 immer realere Gestalt annahm und schließlich von den drei Hauptsiegermächten 1945 "abgesegnet" wurden.

Dabei wurden den beiden Westmächten, Großbritannien und USA, von den tschechischen und polnischen Interessenten zur leichteren Entscheidungsfindung einseitig gefärbte Darstellungen geliefert und die Volksdeutschen als "Fünfte Kolonne Hitlers" abqualifiziert. Zur damaligen Zeit wie ein Schuldspruch, dem die Vertreibung als Exekution folgte und der heute noch in den Feindseligkeiten der Vertriebenen-Kritiker fortzuwirken scheint.

Als Meister dieser Umwidmung der deutschen Landsleute zu "Helfern Hitlers" erwies sich der tschechoslowakische Staatspräsident Eduard Benesch. Ausgestattet mit einem fast einmaligen Spürsinn für den jeweils vorherrschenden Zeitgeist brachte er das Kunststück fertig, die Deutschböhmen und Deutschmährer zunächst gegen ihren erklärten Willen in der Tschechoslowakei zu halten und für dieses Ziel grobe Verstöße gegen die geschichtliche Wahrheit zu riskieren, um sie dann beim selbstverschuldeten Zerschlagen seiner 1919 mit partiellen Unwahrheiten zusammengezimmerter Staatskonstruktion als Hauptschuldige hinzustellen.

Mit der Folge, daß im Schatten der Brandmarkung Hitler-Deutschlands die Sudetendeutschen auch gleich mit stigmatisiert wurden und die nach dem gleichen Benesch benannten "Präsidentendekrete", welche die Deutschböhmen entschädigungslos enteigneten und aus der angestammten Heimat wiesen, bis heute in Kraft blieben.

- Eine Kapitulation der westlichen "Wertegemeinschaft" vor Staatskriminalität, die Ihresgleichen sucht. Allenfalls noch verschlimmert durch das Schweigen moralischer und politischer Schirmherren der Vertriebenen, welche in feierlichen Deklarationen solche Unrechtstatbestände als "bestehende Rechtsordnung" anerkannten.

Für die Betroffenen, denen nach Bekunden des amtierenden deutschen Staatsoberhauptes die Sympathie der Zeitgenossen gelten sollte, Anlaß, durch Erinnerung an ihr Schicksal dieses

unverjährende Unrecht einer erlösenden Tilgung zuzuführen; nicht nur aus Sorge um den eigenen Ruf bei Umwelt und Nachkommen, sondern auch als Fingerzeig auf eine stalinistische Erbschaft, die durch ihre politische Unmoral das Zusammenleben in einer späteren europäischen Gemeinschaft vergiften kann und die sich augenscheinlich heute schon in den verrottenen und heruntergekommenen Landschaften der sudetendeutschen Vertreibungsgebiete als Fluch der bösen Tat von 1945 dokumentiert.

Deren Fortsetzung der Respekt vor dem Schicksal und Heimatrecht der Vertriebenen Einhalt gebieten soll, um die Möglichkeit eines friedlichen Wiederzusammenfindens in gewünschter Nachbarschaft für die Zukunft zu eröffnen.<<

Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtet im August 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1998 (x853/...): >>Altgewordene 68er?

- Kulturrevolution nach 30 Jahren -

Intus, intus est equus troianus.

Innen, innen ist das trojanische Pferd.

Cic. pro Mur. 37,78

In diesem Jahr steht uns ein makabres Jubiläum ins Haus: die dreißigste Wiederkehr jenes Ereignisses, das man allgemein als die 68er Revolution zu bezeichnen pflegt. Natürlich läßt sie sich zeitlich nicht auf diese genaue Weise lokalisieren. Vielmehr ist 1968 zum Symbol und zum Markstein einer Entwicklung geworden, die immer noch ihrem Höhepunkt, dem totalen Nihilismus und der radikalen Liquidierung dessen zustrebt, was den Menschen zu allen Zeiten in dieser oder jener Form hoch und heilig war.

Vor diesem Nihilismus hat schon Nietzsche gewarnt, der ihm in seinem berühmten Essay: "Was ist vornehm?" das Idealbild des edlen, dem Habitus und der Gesinnung nach aristokratischen Menschen entgegenstellt, der sich zu Heimat, Vaterland und seinen Vorfahren bekennt, zu den anderen bei aller Hilfsbereitschaft doch auch Distanz hält und sich zu den struppigen, absichtsvoll schmuddeligen, grölenden, ressentimentgeladenen Kommunarden von 1968, die sich lustvoll der Masse hin- und preisgaben, natürlich wie die Faust aufs Auge verhält.

Zwischen diesen brüllenden Scharen, die mit ihrem herdenweise intonierten Ruf nach "Diskussion" ihre eigene Sprachunfähigkeit artikulierten und dem Herrn Studiosus von einst scheint es keine Verbindung zu geben und doch sind die feinen, aber deutlichen und reißfesten Entwicklungslinien, die zur 68er Kulturrevolution geführt haben, für jeden erkennbar, der sein unvoreingenommenes Urteil nicht zugunsten jener qualligen Mischung von Kulturindustrie, Kulturrevolution, eines an nichts mehr gebundenen Liberalismus und jener hektischen Zeitgeist-Beflissenheit aufgegeben hat, die bei uns das kirchliche Leben schon bis in seine Wurzeln infiziert.

Klar erkennbar sind die Entthronung Gottes in der Voraufklärung und in der Aufklärung selber, die Ablehnung der abendländischen Bildungstradition und die Absage an die Wahrheitsfähigkeit des menschlichen Geistes zugunsten der Ideale einer leerlaufenden Emanzipation und Toleranz, die Preisgabe des Naturrechtes und damit auch der Verankerung der Autorität in der menschlichen Wesensnatur und letztlich im Willen Gottes seit Thomas Hobbes (1588-1679) und Jean-Jacques Rousseau (1712-1778), dem eigentlichen Vorläufer der französischen Revolution und auch der "Frankfurter Schule" oder "kritischen Theorie", wie man sie ebenfalls zu nennen pflegt.

Somit ist es in der Tat lebenswichtig für alle, die durch den Marsch der 68er durch die Institutionen und die Kirche an die Wand gedrückt wurden, die geistige Frühgeschichte der Kulturrevolution vor Augen zu haben und auch zu realisieren, daß es sich hier um ganz einfache Grundideen handelt, zu deren Beurteilung man kein philosophischer Kopf sein muß.

Nehmen wir zum Beispiel die Idee der geistigen und moralischen Autonomie, wie sie Kant als das Ideal und die innerste Absicht seiner Epoche in seinem berühmten Aufsatz: "Was ist Auf-

klärung?" in der Dezember-Nummer der "Berlinischen Monatsschrift" von 1784 verkündet hat.

Wird sie auf die Spitze getrieben, wie das bei den 68ern und ihren Epigonen bis heute der Fall war und ist, dann bleibt das in absichtlicher totaler Bindungslosigkeit verharrende Ich ganz allein mit seiner eigenen Emanzipation, die nunmehr sein einziges und höchstes Gut ist. Aber sie kann diese Rolle nicht spielen, weil sie in Wirklichkeit eine Negation, eine Absage, eine Aufstandsbewegung gegen alles Überkommene ist, dem aber nun dieses Ich nichts anderes als seine leerlaufende Willkür entgegensetzen kann.

Gerade deshalb verfällt es um so widerstandsloser dem Sog der Masse, der Staatsomnipotenz – nicht umsonst spricht man vom "aufgeklärten Absolutismus" - und vor allem dem Diktat seiner eigenen Triebe, denen es nun nichts mehr entgegensetzen hat als das Pochen auf seine eigene armselige Souveränität, die als pure Frucht der Ideologie und das Ressentiment keine Macht mehr hat, sich gegen sie durchzusetzen.

So kann man in Abwandlung des bekannten Grillparzer-Wortes getrost die Formulierung wagen, daß der Weg von der Autonomie der Aufklärung geradewegs zum Trieb- und Massenmenschen und mithin zur Bestialität führt, wie sie in der französischen Revolution, der Oktoberrevolution und der zunehmenden Verrohung eines Jahrhunderts zum Ausdruck kommt, in dem schon Kinder, wenn sie nicht zuvor schon abgetrieben wurden, ungehindert mit jener "Sex" genannten totalen und öffentlich präsentierten Entwürdigung des Menschen im Fernsehen und an allen Ecken und Enden konfrontiert werden, zu der die 68er Revolution endgültig den Weg freigegeben hat.

Und so ist diese Welt, in der wir heute leben, die so stolz ist auf ihre Toleranz, während zugleich die Würde des Menschen mit Füßen getreten wird, nicht das Werk der 68er! So herkulisch waren die Gestalten nicht, die uns dieses Debakel einer völlig permissiven Gesellschaft und einer permissiven Kirche beschert haben, in der von Keuschheit und dem Adel der Reinheit kaum mehr die Rede ist. Sie sind nur Vollstrecker einer geschichtlichen Macht, von der I. M. Bochenski O.P. in seiner "Europäischen Philosophie der Gegenwart" sagt:

"Der Philosoph, lächerlich gemacht vom Volke, harmlos und in seinen Begriffen lebend, ist in Wirklichkeit eine furchtbare Macht. Sein Denken hat die Wirkung des Dynamits. Er geht seinen Weg, gewinnt Hand und Hand und ergreift schließlich die Massen. Es kommt der Augenblick, wo er siegreich alle Hindernisse überwindet und ungehindert den Gang der Menschheit bestimmt - oder das Leichentuch über ihre Ruinen breitet".

Die skizzierte Entwicklung wurde nach dem Kriege in heilsamer Weise unterbrochen. Die Ursachen sind bekannt und oft genug diskutiert worden. Viele von uns, die wir noch zur Kriegsgeneration gehören, haben die tiefe Wahrheit des Wortes: "Not lehrt beten!" am eigenen Leibe erfahren.

Die Lage nach dem Kriege erforderte alles andere als Ideologie: nämlich Tatkraft, gesunden Menschenverstand und wirtschaftliche Vernunft: Dinge, die in Konrad Adenauer exemplarisch verwirklicht waren, der wie alle großen Konservativen ein nüchterner Pragmatiker war. Die Familien hielten eisern zusammen, wie dies Helmut Schelsky in seiner bekannten Studie über die Familie der Nachkriegszeit so eindrucksvoll gezeigt hat.

Zänkereien über Gleichberechtigung oder gar die seltsame Idee, daß die Frau im Grunde ein zweiter Mann sei und sich in Kleidung, Habitus so zu benehmen habe wie er, gab es nicht. Dazu war die Zeit zu knapp und zu schade. Studiert wurde inmitten der Trümmerwüsten dennoch mit ungeheurer Intensität, wenn auch mit leerem Portemonnaie und subkutan immer wühlendem Hunger: eine unfreiwillige Parodie auf das Sprichwort: "plenus venter non studet libenter" ("Ein voller Bauch studiert nicht gern").

Aber der Säkularismus war nur verdeckt: die Welt der Aufklärung, Neuzeit und Gegenwart hatte sich schon lange mit einer Entschiedenheit von Gott, von der abendländischen Überliefe-

rung, vom Naturrecht abgewandt, die durch die Restauration der Adenauer-Jahre auf Dauer nicht gebremst werden konnte! In der zu neuem Selbstbewußtsein erwachten Welt des Linksliberalismus wirkte die "Frankfurter Schule" oder "kritische Theorie" wie der Funke im Pulverfaß. Sie wird immer mit den Namen Adorno und Horkheimer verbunden, doch auch Herbert Marcuse muß hier und dies sogar an erster Stelle genannt werden, obwohl er nach dem Kriege nicht in Frankfurt lehrte.

Für den unvoreingenommenen Beobachter liegt es nun zwar auf der Hand, daß die "Frankfurter Schule" die Hauptschuld an den europaweiten Studentenkrawallen, der langjährigen Lähmung der Hochschulen, der Erosion aller überlieferten Werte trägt, und dennoch wird diese Verantwortung nicht selten gerade in katholischen Kreisen verkleinert, wenn nicht gar völlig verkannt. ...

In diesem Sinne erklärt T. W. Adorno die christliche Religion für eine längst überholte Angelegenheit, die nur noch zu Rückzugsgefechten imstande sei (vgl. u.a. Adorno: "Vernunft und Offenbarung" in: "Stichworte. Kritische Modelle 2", S. 347).

Dabei muß immer daran gedacht werden, daß sich die zwei Frankfurter Schulhäupter in ihrem Denken glichen wie zwei siamesische Zwillinge und vor allem Adorno nichts ohne Gutheißung des Seniorchefs Horkheimer tat, obwohl er und nicht Horkheimer der spekulative Kopf war. Aber es ist seltsam und eine katholische Schwächeerscheinung, daß unsere Leute in einer Zeit, da der Kirche das Wasser bis zum Hals steht, immer alles und jedes taufen wollen und selbst bei den erbittertsten Gegnern Zeichen eines angeblich in christlichem Sinne zu deutenden Aufbruchs entdecken!

Vielleicht hat das auch mit dem Optimismus zu tun, den eine dahinsiechende, krakeelende und ihrer eigenen Botschaft nicht mehr sichere Kirche unentwegt und in Verleugnung der ganz anders lautenden Texte des Evangeliums als hohe christliche Tugend einfordert!

- Wichtiger ist natürlich der zweite Grund dafür, daß man die "Frankfurter Schule" in kirchlichen Kreisen weithin als eine gewissermaßen harmlose Zeiterscheinung und interessante philosophische Strömung neben anderen ausgibt und nicht als eine revolutionäre Bewegung, die die letzten Grenzen von Scham und Distanz weggesprengt hat. Denn ganz abgesehen davon, daß die "Theologie der Befreiung" und die anderen Genitiv-Theologien der "kritischen Theorie" wesentliche Impulse verdanken, ja ohne sie gar nicht möglich gewesen wären, ist die Kirche heute offensichtlich von Funktionären unterwandert, die ihr Rüstzeug nicht so sehr beim hl. Thomas von Aquin oder gar der "tridentinischen Theologie", sondern bei Horkheimer, Adorno, Marcuse erworben haben.

Wie anders sind die Sex-Papiere der katholischen Jugend zu erklären, die Christa Meves und ich in dieser Zeitschrift kommentiert haben, die endlosen Debatten über Emanzipation und Feminismus und die entsprechenden Strategien bis in den Altarraum hinein oder der Daueraufstand gegen die kirchliche Autorität, die die "kritische Theorie" wie jede andere ... als "autoritär" verteufelt?

Der dritte Grund, warum man in katholischen Kreisen eher dazu neigt, den Einfluß der "Frankfurter Schule" zu marginalisieren, weist in die umgekehrte Richtung. Sie ist den Kirchenrebellens keineswegs nur wesensverwandt, sondern auf der anderen Seite auch nicht ganz geheuer. Denn ihre "Dialektik der Aufklärung" steht in seltsamem Gegensatz zu der Welt-Euphorie und dem Fortschrittsjubel, der die aggonierende Kirche befallen hat! Zum ersten Mal ist hier dem liberal aufgeklärten Vernunft- und Fortschrittsoptimismus ein ernsthafter Gegner aus den eigenen Reihen erwachsen.

Wie ein roter Faden durchzieht der Gedanke das ganze Werk der Frankfurter Philosophen, daß die vielgepriesene Emanzipation der Vernunft den Segen nicht gebracht habe, den die Aufklärer von ihr erwartet haben.

Ganz im Gegenteil gibt die losgelassene und aus allen Bindungen befreite Vernunft keine Ru-

he, bis sie zunächst die Natur und dann die Gesellschaft und den Menschen - dem Zauberlehrling gleich - zu Tode organisiert, reglementiert und rationalisiert sowie alles ausgetilgt hat, was nicht in ihre abstrakten Kategorien und Schemata und vor allem in das Schema von Mitteln und Zweck hineinpaßt.

Diese Vernunft läßt nichts mehr stehen, das um seiner selbst willen geschätzt werden dürfte: auch keine menschliche Erfüllung mehr, die in sich selbst genug ist! Sinnvolles Dasein wird vollends mit nützlichem gleichgesetzt und so wird nach der bekannten Formulierung von Horkheimer in der "Kritik der instrumentellen Vernunft" das Reich der Mittel immer größer, während das der Zwecke schrumpft. Die Folgen liegen auf der Hand. Die Natur wird nur noch als physikalisches Koordinatensystem und als Rohstoff ernstgenommen: die Gesellschaft - wie könnte das bei den Altmarxisten auch anders sein! - zu einer gigantischen Veranstaltung zur Gewinnmaximierung.

Wichtiger ist, daß mit dieser erbarmungslosen Kritik der aufgeklärten Vernunft auch der Fortschrittsglaube fällt. Auch hier ist die Lage dialektisch zu sehen und das ist nun allerdings eine Denkweise, die uns Katholiken völlig ungewohnt ist, für die die "Technik an sich" weder gut noch schlecht ist und es offenbar neuerdings auch eine "Welt an sich" gibt, die in dieser abstrakten Unschuld ekstatische Zuwendung gestattet, wie sie das Opus Dei zelebriert.

Fortschritt, so betonen die "Frankfurter", hat zwar stattgefunden, und er hat uns von der drückenden Herrschaft der Natur befreit. Aber er ist um den Preis jener Vergewaltigung der Natur und des Menschen erkaufte worden, von der wir gesprochen haben: Fortschritt gewiß, aber von der Steinschleuder zur Megabombe!

- In diesem Zusammenhang gehört das Gespräch, das ich mit Adorno, bei dem ich schon in jungen Jahren 1951 promovierte, 1969 noch kurz vor seinem Tode geführt habe, und auf das ich schon in diesen Spalten hingewiesen habe. Er könne, so Adorno, nicht verstehen, daß die katholische Kirche jetzt zum unpassendsten Zeitpunkt die gleiche Fortschritts- und Weltbegeisterung zu zelebrieren beginne, die "sie" (gemeint waren er und die linksliberalen Erben der Aufklärung) angesichts der grausigen Erfahrungen unseres Jahrhunderts längst zu Grabe getragen hätten.

- Doch natürlich ist diese Aufklärungskritik kein Grund, die "kritische Theorie" nun von konservativer Seite her zu vereinnahmen! Denn nach ihrer Ansicht hat die Aufklärung nicht darin gesündigt, daß sie zuviel, sondern darin, daß sie zuwenig Aufklärung investiert habe: eben jene, im Zeichen des Rationalismus um ihre eigenen - in diesem Falle kritischen - Möglichkeiten amputierte aufgeklärte Vernunft! Eine Rückwendung zur Tradition kann und darf es daher nicht geben. Aufklärung und Emanzipation dürfen nicht unterbrochen, sondern müssen gegen ihren ursprünglichen naiv rationalistischen Vernunftstolz und Fortschrittsglauben vollendet werden - wenn, ja wenn es dafür nicht schon zu spät ist!

Die revolutionäre Sprengkraft dieser Schule, mit der sich gläubige Christen, wenn sie denken, niemals abfinden können, beruht jedoch vor allem auf ihrer radikalen Demontage des überlieferten Menschenbildes: jenes wenn auch schwachen Konsenses über die vielbeschworene unantastbare Würde des Menschen, über Autorität, Anstand und Moral, der die Erben der christlich-abendländischen Überlieferung mit denen der Aufklärung immerhin noch irgendwie verband. Radikal wird der Mensch hier nur noch als Schnitt- und Knotenpunkt gesellschaftlicher Kräftelinien gesehen.

Gewiß: er wirkt auf die Gesellschaft ein und auf sie zurück, aber diese seine Einwirkung ist selbst schon wieder gesellschaftlich vermittelt.

- Vom ohnmächtigen Individuum, seiner Besinnung oder gar moralischen Einkehr ist daher nicht zu hoffen. Seine Denkmuster sind noch geprägt von der irrational wahnhaften Welt, deren Produkt es ist, da es selber nur ein Rädchen in jenem Getriebe ist, das sie unaufhaltsam reproduziert. "Wahnhaft" ist diese Welt, weil die amputierte irrational-rationale Vernunft der

totalen Produktionsgesellschaft alles dem abstrakten Ziel der Gewinnmaximierung unterwirft. Synthetisch - und das ist allerdings kein origineller Gedanke der "kritischen Theorie" - werden immer neue Bedürfnisse geschaffen, um dieses Ziel zu erreichen.

Daß der Ruf nach Abhilfe und vor allem die Rezepte das Übel nur noch vergrößern, wird am Beispiel Herbert Marcuses klar, von dem sich die anderen Vertreter der "kritischen Theorie" in diesem Punkte deutlich distanzieren.

Marcuse fordert Kontrollbehörden und immer wieder Kontrollbehörden, die festsetzen sollen, welche Bedürfnisse vernünftig sind und dementsprechend den Markt nach ihren Vorstellungen von Humanität dirigieren sollen: eine Vorstellung, die einem nach allem, was wir in diesem Jahrhundert erlebt haben, blankes Entsetzen einjagt.

So haben wir also eine hermetische, in ihrer eigenen rationalen Irrationalität eingeschlossene Gesellschaft. Ein Ausweg ist nicht sichtbar, und es ist ebenso begreiflich wie andererseits auch unentschuldig, daß die entsprechenden unentwegten Jeremiaden von Adorno und Horkheimer die Leute schließlich zu dem Schluß verführt haben: wenn alles, wenn das Ganze so ausweglos ist, dann gilt es, zuerst einmal dieses Ganze kaputt zu schlagen.

Die radikale Absage an die liberale Botschaft von der immanenten Vernunft der Gesellschaft läßt schließlich noch den Straßenterror als vernünftig erscheinen. Ihm oder den Aufregungen, die er mit sich brachte, ist der sensible Adorno - von Herkunft, Typus und Erscheinungsbild paradoxerweise ein großbürgerlicher Grandseigneur - schließlich erlegen, nachdem er ihn mir gegenüber am Telefon noch als "organisierten Schwachsinn" bezeichnete.

- Gegenüber seinen terroristischen Kritikern, die ihn schließlich durch den Hörsaal jagten und ihm vorwarfen, erst putsche er die "Massen" auf, dann aber ginge er, der feine Herr, nicht mit zur "Demo" und liefere keine Rezepte, verwies er darauf, schon die Erkenntnis einer wenn auch noch so unentwirrbaren Situation habe befreiende Kraft und bei allen Abgründen, die uns von der "kritischen Theorie" trennen, kann dieser Gedanke sowohl unseren katholischen Berufsoptimisten wie auch unseren eilfertigen Kulturkritikern und Sozialaposteln eine heilsame Lehre sein.

Denn so ist es doch in katholischen Kreisen. Man hat kaum den Mund aufgemacht, um die innere Dynamik und relative Zwangsläufigkeit gesellschaftlicher, wirtschaftlicher Krisenerscheinungen zu entfalten, dann wird man schon mit dem eifernden, ja unwirschen Ruf nach "Vorschlägen" unterbrochen, die meistens ähnlich wie die sozialistischen Rezepte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit das Übel nur verschlimmern, das sie beseitigen wollen.

Revolutionär aber ist vor allem die Symbiose von Marx und Freud, die die "kritische Theorie" vorlegt, wobei auch hier Herbert Marcuse eine unappetitliche Vorreiterrolle zukommt! Triebverzicht führe zur Unterdrückung der eigenen Persönlichkeit und sie dazu, den Druck nach außen weiterzugeben. So entstehe die "autoritäre Persönlichkeit", die andere unterdrücke.

Hier verbinden sich drei Elemente zu einer Allianz, die auch deshalb als unheilig bezeichnet werden kann, weil sie im Hintergrund der systematischen Unterminierung der hierarchischen Struktur der Kirche steht: der egalitäre Haß gegen die "Herrschaft", der alle Linken eint, eine sexuelle Libertinage ohne Maß und der alte marxistische Gedanke, daß die gegenwärtige Gesellschaft von Unterdrückung lebt. ...

... Der Marsch der 68er durch die Institution "Kirche" nimmt seinen unaufhaltsamen Fortgang. "Unaufhaltsam" ist er nicht nur deshalb, weil er offensichtlich nicht energisch aufgehalten wird, sondern vor allem auch deswegen, weil er selbst vor dem Heiligtum nicht haltmacht und das Heiligste vom Heiligen, die göttliche Liturgie einbezieht in seine Strategie.

Und diese Stoßrichtung weist uns daraufhin, daß alle die rationalen Begründungen der Kulturrevolution, wie wir sie in der an Widersprüchen reichen "Frankfurter Schule" vor uns haben, nur Firnis sind. Auch die geistesgeschichtliche Herleitung von der Aufklärung her, die wir versucht haben, mag zwar notwendig sein, bleibt aber im Grunde noch viel zu akademisch,

um das dumpfe Grollen vernehmlich zu machen, das sich in der Kulturrevolution äußert und an den Tag drängt.

In ihr steckt der Wunsch der Masse, sich nicht länger gängeln zu lassen, sondern endlich die eigenen Triebe, Instinkte und nach unten hin zielenden Wertmaßstäbe durchzusetzen und in den Rang allgemeingültiger Forderungen zu erheben, denen sich keiner mehr entziehen kann. Was Nietzsche und Ortega y Gasset prophetisch gesehen haben: das nihilistische Zeitalter der Masse, das keinen Adel und keine Ungleichheit duldet, nimmt nun endlich in der Kulturrevolution Gestalt an, wenn es denn möglich ist, eine zutiefst emotional vorangetriebene Entwicklung, die die Herabwürdigung des Menschen zum Ziel hat, als die Gestaltwerdung einer neuen Kultur zu bezeichnen.<<

04.09.1998

BRD: Der polnische Historiker Waclaw Dlugoborski berichtet am 4. September 1998 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/87-88): >>... Unabhängig davon, ob es den Russen gelingen sollte, das kommunistische System, seine Institutionen und Funktionsträger wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuklagen, muß man an den internationalen Charakter dieser Vergehen erinnern.

Ähnlich wie die Nürnberger Prozesse müßte also auch ein etwaiges Verfahren gegen die früheren sowjetischen Machthaber vor einem internationalen Tribunal stattfinden und auch die kommunistischen Führer in den einstigen Satellitenstaaten umfassen. Sonst bliebe ein tragisches Mißverhältnis zwischen 86.000 wegen Kriegs- und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilten Naziverbrechern und vielleicht einem Dutzend verurteilter Kommunisten in Rußland.

Leider scheint es dafür aber kaum Hoffnung zu geben. Die polnische Generalstaatsanwaltschaft versuchte zum Beispiel mehrfach, eine Voruntersuchung wegen der in Polen begangenen sowjetischen Verbrechen einzuleiten, doch die russische Seite verweigerte ihr die gewünschte Rechtshilfe.

Das für einen solchen Prozeß notwendige Beweismaterial liegt jetzt als Buch bereit, auch wenn dessen Titel "Das Schwarzbuch des Kommunismus" wenig juristisch klingt. Sein Herausgeber Stéphane Courtois hat die Bedeutung der darin errechneten Opferzahlen hervorgehoben, die einerseits das unfaßbare Ausmaß der kommunistischen Verbrechen deutlich mache, angesichts der niedrigeren Opferzahl des Nationalsozialismus einen Vergleich beider totalitären Systeme ermöglichen solle.

Es scheint aber zweifelhaft, ob das die richtige Vergleichsebene ist. Das eine System war ein halbes Jahrhundert an der Macht, das andere nur 12 Jahre.

Sinnvoller ist ein Vergleich der von beiden Regimen angewandten Methoden der Massenvernichtung, der meiner Ansicht nach die These von der Singularität des Holocaust bestätigen würde. Denn kein Jude, in manchen besetzten Gebieten auch kein Roma, sollte am Leben bleiben.

Im Fall der sowjetischen Massenmorde in Polen, auch der spektakulärsten wie etwa der von Katyn, konnten Gefangene ihr Leben retten, wenn sie sich bei den Verhören als sowjetfreundlich deklarierten und dazu bereit waren, nach ihrer Freilassung nicht "nach Hause", das heißt in den deutsch besetzten Teil von Polen zurückzukehren, sondern in der Sowjetunion zu bleiben und in die Rote Armee einzutreten. Dem Holocaust dagegen fielen auch jene Juden zum Opfer, die für die Nazis Polizei- oder sogar Spitzeldienste geleistet hatten.

Es ist peinlich, die Grausamkeiten einzelner Vernichtungsaktionen vergleichen zu müssen. In manchen Fällen ist es aber notwendig, um nicht den gleichen Maßstab an nur scheinbar ähnliche Ereignisse anzulegen. Vorsicht sei auch beim Umgang mit Zahlen empfohlen, insbesondere mit Schätzungen. Vor dem "Feilschen" um die Zahler der Opfer in den Konzentrationslagern warnte Adorno schon vor mehr als 30 Jahren. Und die amerikanische Roma und Histori-

kerin Debra Kaufmann bezeichnet die Auseinandersetzungen um die Zahl der Toten ihres Volks als "makabres Zahlenspiel". Die Schätzungen schwanken hier von 100.000 bis zu einer halben Million. ...<<

Polen: Waclaw Dlugoborski (Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Kurator für Forschungsfragen in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau) kritisiert am 4. September 1998 die mangelhafte Ermittlung der in Auschwitz ermordeten Menschen (x046/181): >>Die Blamage bei der Ermittlung der Zahl der Ermordeten von Auschwitz hätte Warnung genug sein sollen. Kurz nach Kriegsende wurde sie von einer sowjetischen Untersuchungskommission ohne weitere Nachforschungen auf vier Millionen festgelegt. Obwohl von Anfang an Zweifel an der Richtigkeit der Schätzung bestanden, wurde sie zum Dogma.

Bis 1989 galt in Osteuropa ein Verbot, die Zahl von vier Millionen Getöteten anzuzweifeln; in der Gedenkstätte von Auschwitz drohte man Angestellten, die an der Richtigkeit der Schätzung zweifelten, mit Disziplinarverfahren. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über das Ermittlungsergebnis der sowjetischen "Außerordentlichen Staatlichen Kommission" aus dem Jahre 1945 (x046/181): >>... Kaum besser waren die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Denn auch hier galt die sowjetische Propagandazahl von vier Millionen bis 1990 als "offenkundig", obwohl niemand wußte, wie sich eigentlich berechnete.

Zweifelnde wurden von einer unwissenden politischen Justiz verfolgt, nur weil sie den Propagandazahlen des Stalinismus keinen Glauben geschenkt und sie damit "geleugnet" hatten.<<

07.09.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. September 1998: >>**Vertriebene fordern Entschädigung**

Als Voraussetzung für einen EU-Beitritt Polens und Tschechiens hat der Bund der Vertriebenen Entschädigungen und Rückkehrrechte für deutsche Heimatvertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert.

Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte in einem Grußwort zum "Tag der Heimat", die Bundesregierung werde die Vertriebenengruppen in den EU-Erweiterungsprozeß einbeziehen. Ihr Mitwirken sei wichtig für eine Aussöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn.

BdV-Präsidentin Steinbach sagte in Berlin, Polen und Tschechien hätten sich im Gegensatz zu Ungarn, Estland, Litauen und Rumänien bislang dagegen gesperrt, das Vertreibungsunrecht aufzuarbeiten. Die Osterweiterung der EU biete nun die Möglichkeit, "die Verletzung der Menschenrechte wieder in Ordnung zu bringen". Neben der Entschädigung der Opfer gehöre dazu auch die Bestrafung von Verbrechen an Deutschen, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt am Main.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Die Osterweiterung der EU kann eine gute Sache sein. Gewiß gibt es Staaten, die europareif sind, vor allem Staaten die den europäischen Mindeststandard in Menschenrechte erfüllen, so die baltischen Staaten, die u.a. Rückkehrrecht und Wiedergutmachung gewährt haben.

Meines Erachtens haben weder Polen noch Tschechien diesen Mindeststandard erreicht. Was noch schlimmer ist, anscheinend wollen sie es nicht erreichen. Somit denke ich, daß die Osterweiterung der EU nicht unbedingt zu begrüßen ist, wenn sie auf Kosten der historischen Wahrheit forciert wurde, auf Kosten der nationalen Ehre, und schließlich auf Kosten der Vertriebenen. ...<<

27.09.1998

BRD: Bei der 14. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 27. September 1998 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 35,2 %, SPD = 40,9 %, FDP = 6,2 %, Bündnis 90/Die Grünen = 6,7 %, PDS = 5,1 %, Sonstige = 5,9 %.<<

Nach 16 Jahren wird Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) durch Gerhard Schröder (SPD) abgelöst. Bundeskanzler Schröder bildet später eine Koalitionsregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

September 1998

BRD: Der türkischstämmige Abgeordnete (Bündnis 90/Die Grünen) Cem Özdemir berichtet im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" (39/1998) berichtet im September 1998 über den gefälschten autobiographischen Bericht "Bruchstücke" des Schweizer Autors Binjamin Wilkomirski (eigentliche Bruno Dössekker): >>Ein fast perfekter Schmerz

Die Affäre um Binjamin Wilkomirski zieht weite Kreise: Darf man Erinnerungen an den Holocaust erfinden?

In diesem Herbstsemester findet an der Universität Princeton ... ein Seminar statt, das von "Texten und Bildern des Holocaust" handelt. Bedeutende Werke aus Literatur und Film über das "traumatischste Ereignis in der Geschichte des Westens" (Vorlesungsverzeichnis) sollen dabei analysiert werden - mit "besonderem Hinblick auf das Problem der Zeugenschaft". In der Leseliste findet sich neben Werken von Primo Levi und Elie Wiesel auch das Buch eines Autors, der dieser Tage Schlagzeilen macht: Binjamin Wilkomirskis "Bruchstücke. Aus einer Kindheit 1939-1948".

Sollte sich erhärten lassen, was neuerdings in Zeitungsberichten über Wilkomirski zu lesen ist, dann könnte sich dem Seminar das "Problem der Zeugenschaft" in einer ungeahnt peinlichen Weise stellen. Die Zürcher "Weltwoche" hat nämlich Recherchen über den Autor angestellt, die sein Buch, das vermeintliche Zeugnis eines Überlebenden, in den dringenden Verdacht gebracht haben, eine Fiktion zu sein.

Wilkomirski, behauptet der Journalist Daniel Ganzfried, habe seine jüdische Identität frei erfunden. ... Er sei als uneheliches Kind einer Yvonne Berthe Grosjean geboren und nach einigen Jahren im Waisenhaus Adelboden von dem Zürcher Ehepaar Dössekker adoptiert worden. Wilkomirski könne nicht, wie er es in seinem Buch schildert, als jüdisches Kleinkind in Riga, Krakau und Majdanek gewesen sein. Aus den Akten der Schweizer Behörden, so Ganzfried, lasse sich ein lückenlos einheimischer Lebenslauf rekonstruieren.

Die Literaturkritik hat die "Bruchstücke" seinerzeit mehrheitlich mit fast religiöser Ehrfurcht aufgenommen. Vor einem Buch, das offenbar "das Gewicht des Jahrhunderts" (so damals die "Neue Zürcher Zeitung") zu tragen hatte, verblaßten alle skeptischen Fragen. Hier und da wurde angemerkt, daß die Gewalt- und Horrorszenen aus den Lagern ein wenig zu klar und zu effektiv wirken - wie "auf der Couch eines Psychoanalytikers rekonstruierte Alpträume eines Traumatisierten" ("Süddeutsche Zeitung").

Da kriechen Ratten aus Frauenbäuchen, Hirnmasse quillt aus Babyschädeln, und Blut schießt den Opfern in mächtigen schwarzen Fontänen aus den Hälsen. Man hielt sich aber mit weitergehenden Zweifeln an der Authentizität zurück, denn schließlich bürgte hier ein leibhaftiger Leidender, ein stets bescheiden und leise auftretender Mensch, für die Wahrheit seines Textes. "Was sich im einzelnen tatsächlich zugetragen hat, spielt deshalb eine untergeordnete Rolle", resümierte damals Eva-Elisabeth Fischer in der "SZ": "Denn die Bruchstücke der Erinnerung sind Binjamin Wilkomirskis Wahrheit."

Im Namen dieser Wahrheit ist der Autor seither weltweit auf Fachkongressen, bei Lesungen und vor Schulklassen aufgetreten. 1996 ist er in den Vereinigten Staaten mit dem National Jewish Book Award ausgezeichnet worden, nicht in der Sparte Literatur, sondern im Genre "Autobiographie/Erinnerung". Dieser Ehrung waren auch in US-Medien enthusiastische Besprechungen vorhergegangen. Die Rezensentin der "New York Times" sprach von einer

"dunklen ... Erinnerung" und "poetischen Vision" im "kindlichen Stand der Gnade".

Der Kritiker des linken Magazins "The Nation" erklärte gar, das Buch sei "so bewegend, von solcher moralischen Bedeutung und so frei von literarischer Künstlichkeit, daß ich mich frage, ob ich überhaupt das Recht habe, mein Lob vorzubringen. ... Dieser Mann hat überlebt - wir wissen nicht, wie, seine geistige Gesundheit scheint ein Wunder - und er überläßt dieses Geschenk von nahezu perfektem Schmerz einer Welt, die immer noch bereit ist, die Unschuldigen zu zerstören."

Nicht nur die Literaturkritik, auch die Wissenschaft glaubte bald, ein unerhörtes Dokument vor Augen zu haben. Der Historiker Wolfgang Benz, Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, attestierte den "Bruchstücken" noch vor kurzem in der "ZEIT" (Nr. 37/98) "nicht nur Authentizität, sondern auch literarischen Rang". Wilkomirskis "Bruchstücke" seien "eine Darstellung, die dem Leser nachvollziehbare Einsichten in die komplexe Tragödie vermittelt wie kaum ein anderes Dokument".

James Young, ein international anerkannter Experte in Sachen Holocaust-Gedenken, nennt das Buch auf unsere Nachfrage hin "ein wunderbares Zeugnis". Mit den Ermittlungen der "Weltwoche" konfrontiert, zieht Young sich vorerst auf die Position zurück, der "literarische Wert" des Buchs bleibe doch wohl unberührt von der Biographie des Autors.

War das Lob für Wilkomirski nur eine Form der Abwehr?

Leider ist dieser bequeme Weg, den peinlichen Fall auf das neblige Terrain des Ästhetischen zu verschieben, blockiert - und zwar vom Autor selbst. Es ist nicht möglich, den Streit um Wilkomirski auf die Frage zu beschränken, ob sein Buch nach "rein literarischen" Kriterien etwas taugt. Der Autor selber versucht sich mittlerweile auf die Literarizität seines Textes zurückzuziehen, wie aus einem Interview mit dem Zürcher "Tages-Anzeiger" hervorgeht:

"Jeder Leser", so Wilkomirski, "kann dem Nachwort des Buches entnehmen, daß meine Papiere nicht mit meinen Erinnerungen übereinstimmen. Ich kann also nur diese Erinnerungen einer nahtlosen schweizerischen Identität entgegenhalten. Das war von Anfang an klar. Diese Vorwürfe sind nichts Neues. Es stand dem Lesenden immer frei, mein Buch als Literatur oder als persönliches Dokument wahrzunehmen."

... Es ist ja kein Zufall, daß alle Rezensenten den Text als bewegendes Zeugnis bewertet und stilistische Skrupel - von der Drastik des geschilderten Leidens überwältigt - beiseite geschoben haben. Bei solcher Reserve sind höchst respektable Motive im Spiel: das Schuldbewußtsein der Nachfahren der Täter (aber auch der Opfer), der Wunsch nach symbolischer Wiedergutmachung, die Selbstverpflichtung zum Eingedenken - kurz gesagt all jene Verhaltensdispositionen, die gerne als "Betroffenheit" verspottet werden. Wilkomirski ist ein Virtuose darin, die aus dieser Haltung entspringende Unsicherheit auszunutzen.

Aber man würde sich den Fall zu leicht machen, wenn man ihn auf einen geschickten Betrug reduzieren wollte. So einfach liegt die Sache nicht. Denn es ist zwar schmerzhaft, aber es tut auch merkwürdig gut, einen solchen grausigen Text lesend zu ertragen und ihn dann einer vermeintlich unwilligen Öffentlichkeit anzuempfehlen wie eine bittere Medizin.

Es schmeichelt der moralischen Eitelkeit des Kritikers, einen Text voll derartiger Schrecken mit gleichsam versagender Stimme zu loben. An solchen Auftritten voller Schuldstolz ist etwas faul. Man könnte den Fall Wilkomirski vielleicht zum Anlaß nehmen, sich darüber Rechenschaft zu geben. Es hat nichts mit Respekt vor den Überlebenden des Holocaust zu tun, wenn man ihre Texte mit einer Art automatischer Ergriffenheit aufnimmt. Um es noch polemischer zu sagen: Man sollte sich der Frage aussetzen, ob die reflexhafte Angerührtheit, die Wilkomirski entgegenschlug, nicht eigentlich eine subtile Form der Abwehr ist. ...

Von verschiedenen Seiten wurde die Befürchtung geäußert, die Enthüllung könnte, wenn sich Ganzfrieds Behauptungen endgültig bestätigen ließen, politisch fatale Wirkungen haben. Muß diese Geschichte nicht Auschwitz-Leugnern und Antisemiten Auftrieb geben? Wäre die Über-

führung des vermeintlichen Opfers als Scharlatan nicht ein willkommener Anlaß für die Schweiz, sich entlastet zu fühlen - gerade jetzt, wo dort durch äußeren Druck endlich die Auseinandersetzung mit der historischen Schuld in Gang gekommen ist?

Die Redaktion der "Weltwoche" erhält derzeit viele Leserbriefe, die solchen Sorgen Ausdruck geben. Sie sind unbegründet: Die Auschwitz-Leugner haben auf Wilkomirski nicht warten müssen, um ihren Wahn zu pflegen. Und wenn sich die "Bruchstücke" als bloße Opferphantasie erweisen sollten, so werden damit die Zeugnisse, Gedichte und Romane wirklicher Opfer nicht diskreditiert. Ein dauerhafter Schaden kann nur dadurch entstehen, daß der Status des Textes ungewiß bliebe, wie sein Autor es jetzt wünscht. Daß es jedermann freisteht, an die Authentizität der Berichte über den Holocaust zu glauben oder nicht zu glauben - dies ist ja gerade die zynisch-entspannte Position der modernen Revisionisten, die die Lektion der post-modernen Erkenntnistheorie gelernt haben.

Wilkomirskis neue Unentschiedenheit über den eigentlichen Charakter seines Buches steht übrigens in krassem Widerspruch zu seinem öffentlichen Auftreten in den vergangenen Jahren. Weil er dabei weite Kreise gezogen hat - von den Hilfsorganisationen der Opfer über die psychotherapeutische Helferszene bis zu historischen Fachkongressen -, ist dies keine Affäre, die den Literaturbetrieb allein betrifft.

Raul Hilberg, der Pionier der Holocaustforschung, erinnert sich in einer Stellungnahme, um die wir ihn gebeten haben, an seine erste Begegnung mit dem Autor der "Bruchstücke":

"Auf Wilkomirskis Buch wurde ich zuerst durch Professor Lawrence Langer aufmerksam gemacht, ein Spezialist für die Literatur des Holocaust. Wir waren in einem Flugzeug auf dem Weg zu einem Kongreß der Notre-Dame-Universität, wo Wilkomirski einer der Sprecher sein sollte. Langer hielt die "Bruchstücke" für einen sehr guten Roman. Als ich Wilkomirski traf, fragte ich ihn, ob das Buch Fiktion sei. Seine Antwort war ein entschiedenes Nein - seine Erzählung sei ein Buch der Erinnerung.

In seiner Rede faßte Wilkomirski den Inhalt des Buchs zusammen und fügte Details hinzu, zum Beispiel daß er kürzlich nach Riga gereist sei und das Haus habe identifizieren können, in dem er gelebt habe. Oder daß er in Majdanek in Feld 5 untergebracht gewesen sei. Seine Rede wurde mit stehenden Ovationen aufgenommen.

Beim Lesen stieß ich auf Passagen mit detailliert beschriebenen Vorfällen, die mir sehr unwahrscheinlich oder völlig unmöglich erschienen. Die Beschreibung von Partisanenbanden und deutschen Panzern in Polen war eindeutig eine Erfindung. ...

Ironischerweise waren die Skeptiker keine Holocaust-Spezialisten. ... Die Frage ist: Wie konnte dieses Buch als Autobiographie in mehreren Verlagen durchgehen? Wie konnte es Wilkomirski Einladungen vom Holocaust-Museum der Vereinigten Staaten ebenso wie von anerkannten Universitäten einbringen?"

Im Washingtoner Holocaust-Museum liegt, wie man per Internet im Archivsystem erfahren kann, seit September 1997 auf sechs Videokassetten ein ... Interview mit Benjamin Wilkomirski vor.

Auch Steven Spielbergs "Survivors of the Shoah Visual History Foundation" hat den Zeitzeugen Wilkomirski in ihre Videosammlung aufgenommen, wie Recherchen der Redaktion "Kulturzeit" (3Sat) ergeben haben. In der israelischen Forschungsstätte Yad Vashem sind nach Auskunft des Suhrkamp Verlags "die Lebensgeschichte Benjamin Wilkomirskis und der Suchantrag nach seinen Eltern ohne Einspruch aufgenommen worden". ...

Was sagt uns der Fall Wilkomirski nach all dem bisher Bekannten über das Problem der Zeugenschaft? Darüber muß nun geredet werden, denn in absehbarer Zeit werden uns keine leibhaftigen Zeugen des Holocaust, sondern nur noch ihre Zeugnisse zur Verfügung stehen, wenn wir uns der historischen Wahrheit vergewissern wollen.

Raul Hilberg glaubt, daß hier ein grundsätzliches Problem unserer heutigen Erinnerungskultur

zutage tritt: "In der jüdischen Gemeinde gibt es seit langem eine Vorliebe für die Idee, daß die Geschichte des Holocaust aufgrund jüdischer Quellen geschrieben werden muß. Nur solches Material stelle die Härte der deutschen Maßnahmen gegen die Opfer detailgenau dar.

Es gibt allerdings sehr wenige jüdische Dokumente, und die meisten davon sind Unterlagen wie die Berichte der Judenräte an die deutschen Behörden, die sich bis heute in den deutschen Archiven befinden. Was bleibt, sind die Aussagen der Überlebenden, ihre Memoiren inbegriffen. In den letzten Jahren ist die Suche nach diesen Überlebenden organisiert und mit Eifer betrieben worden. Ein wahrer Kult des Zeugnisablegens hat begonnen.

Jetzt, da diejenigen auszusterben beginnen, die die Katastrophe als Erwachsene erlebt haben, wenden sich die Interviewer und Lektoren den überlebenden Kindern zu. Bald werden wir dann auch Erzählungen von den Kindern der Überlebenden bekommen, und diese Nachkriegskinder werden die Geschichte aus zweiter Hand erzählen. Kein Wunder, daß Wilkomirski sich unter die Menge mischen konnte. Sein Erscheinen war nahezu unvermeidlich." << Der schweizerische Sozialphilosoph Arthur F. Utz (1908-2001) berichtet im September 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 9/10 – 1998 (x853/...): >> **Gewissensfreiheit und Wahrheit**

Freiheitsrechte und Bindung

... Der Staat, der einzig die rechtliche Organisation der Gesellschaft im Visier hat, kümmert sich in seiner Erklärung der Gewissensfreiheit nicht um die vom Konzil genannte Pflicht des einzelnen Gott gegenüber, er sieht nur die des einzelnen im Zusammenhang mit seiner Existenz in der Gemeinschaft. Die Kirche mußte sich dieser Entwicklung des Rechtsempfindens anpassen, um ihrerseits ihr Existenzrecht im modernen, säkularisierten Staat zu retten.

Sowohl der Staat wie die Kirche haben die Trennung von Recht und Moral in der zivilen Gesellschaft zugrunde gelegt, doch jeweils mit je verschiedener Begründung. Daß das Vatikanische Konzil diese grundsätzliche Trennung ablehnt, zeigt es, ganz abgesehen von der zitierten Einleitung, auch durch seine Doktrin des Naturrechts, die im sozialemischen Dokument des Konzils "Gaudium et Spes" die Basis aller dort geäußerten Forderungen ist.

Daß der Staat, besonders der wertneutrale moderne Staat, sich grundsätzlich auf den Boden der Trennung von Recht und Moral stellt, ist verständlich. Aber er leistet sich mit der Erklärung der Gewissensfreiheit einen logischen Widerspruch zu seiner Konzeption der Wertfreiheit. Denn indem er den Gewissensspruch des einzelnen als rechtmäßig erklärt, entscheidet er sich in concreto für die Wertung des Individuums. Um die universale Wertfreiheit seiner Ordnungsvorstellung zu retten, muß er in jedem einzelnen Fall die sozialen Komponenten der nach außen wirkenden Gewissensentscheidung untersuchen und entsprechend die Einhaltung der Grenzen dieser Freiheit nachweisen und einfordern.

Der Bürger der Demokratie hat sich, so wird im Anschluß an Hobbes argumentiert, gewissermaßen in einem Kontrakt verpflichtet, den Mehrheitsentscheid anzunehmen, auch wenn dieser gemäß seinem Urteil der Wahrheit nicht entspricht. Der Regelmechanismus der Mehrheit ist eben kein Urteil über die Wahrheit. Mit der Anerkennung des Mehrheitsprinzips verzichtet die Minderheit auf die politische Anerkennung ihrer Wahrheitserkenntnis. Dafür läßt der Staat dem einzelnen grundsätzlich das Recht auf Gewissensfreiheit und auf ungestörte Religionsausübung.

Was der Staat sich mit dieser subjektivistischen Formulierung eingehandelt hat, wird er dann feststellen, wenn einmal - was bereits in absehbarer Zeit der Fall sein wird - die Muslime mehr als 50 % der Bevölkerung ausmachen werden. Ein Blick in die vom Mohammedanismus regierten Länder zeigt uns, daß die Muslime bei uns die Religionsfreiheit für sich gern in Anspruch nehmen, in ihren Ländern aber davon nichts wissen wollen.

Dieses Thema wird allerdings erst in der Zukunft akut. Uns quält heute mehr die Frage, wie wir im Hinblick auf die grundgesetzlich garantierte Religions- und Gewissensfreiheit mit den

massenhaft einwandernden Sekten fertig werden.

Doch auch dies Problem ist nicht so bedrückend wie die vielen Fälle, in denen einzelne "normale" Bürger ihre Unbotmäßigkeit gegen einzelne Gesetze mit dem Hinweis auf die Gewissensfreiheit rechtfertigen. Teilweise muß hierbei auch das Grundrecht der Personwürde als Rechtfertigungsgrund eigenmächtiger Bewertung der konkreten Situation erhalten.

In den Bereich dieser Problematik, d.h. des Gewissensurteils im Widerspruch zum staatlichen Gesetz, gehört das in der Schweiz geltende "Saisonnierstatut", wonach vom Ausland angeworbene Arbeitskräfte sich nur 9 Monate pro Jahr, und zwar ohne Familiennachzug in der Schweiz aufhalten und arbeiten dürfen, um dann wieder in ihre Heimat zurückzukehren, mit der Möglichkeit in den folgenden Jahren wiederum einen gleichen Antrag auf zeitbegrenzte Arbeitserlaubnis zu stellen. Erst nach mehrmaliger saisonbedingter Arbeitserlaubnis können diese Arbeiter eine Niederlassungsbewilligung auf Dauer beantragen und entsprechend ihre Familie nachziehen.

Das Saisonnierstatut wurde unter dem Hinweis auf Familienfeindlichkeit viel kritisiert und auch auf Geheimgängen umgangen, wobei die Helfer bei der Zuwiderhandlung gegen das Gesetz sich auf die Freiheit der Gewissensüberzeugung zu stützen suchten. In der Tat konnte ein in der Schweiz Ansässiger sich verpflichtet fühlen, die Familienangehörigen des Saisonarbeiters geheim unterzubringen und dafür zu sorgen, daß die Ehefrau und Mutter irgendwo auf dem schwarzen Markt, z.B. als geheim angestellte Haushaltsgehilfin, ihren Unterhalt verdienen konnte.

Eine ähnliche Situation liegt hinsichtlich des Asylrechts vor. Und zwar handelt es sich hierbei um widerrechtliche Unterbringung von zwangsweise ausgewiesenen Asylanten. Auch hier wird wiederum aus der Überzeugung gehandelt, daß die staatliche Verordnung ungerecht sei. Eine besondere Brisanz bekommt diese widerrechtliche Handlung, wenn sie von kirchlichen Institutionen mit der Berufung auf das Kirchenasyl öffentlich vollzogen wird, um die staatliche Obrigkeit auf die zwingende Notwendigkeit einer Gesetzesänderung hinzuweisen, wie dies auf den Fall von Dinklage zutrifft, wo die Polizei im Jahr 1997 eine von den Benediktinerinnen mit der Berufung auf "das kirchliche Asylrecht" beherbergte ukrainische Familie festgenommen hatte.

Die Ordensschwestern konnten sich auf das gemeinsame Wort der Kirchen Deutschlands vom 4. Juli 1997 "Gemeinsames Wort zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht" berufen, das die Aktion des Kirchenasyls als "verständlich und auch legitim" erklärte, "wenn Kirchengemeinden in bestimmten Einzelfällen nach gewissenhafter Prüfung zu dem Ergebnis gelangen, sich schützend vor einen Menschen stellen zu müssen, um zu vermeiden, daß ihm der ihm zustehende Grundrechtsschutz versagt wird".

Die Rechtmäßigkeit einer solchen Aktion wird begründet durch den Hinweis auf das vom Staat anerkannte Ziel der Kirche, d.h. ihre Liebestätigkeit zugunsten von Armen und Verfolgten. Damit stützt sich die Kirchengemeinde nicht nur auf das allgemein anerkannte Recht auf ein Handeln gemäß dem Gewissen, sondern zusätzlich auch auf ihre eigene Kompetenz zur Entscheidung, worin ihre Liebestätigkeit zu bestehen hat.

Die Kirche wird in eine peinliche Situation hineinmanövriert, wenn Überzeugungstäter durch gewaltsame Asylnahme vatikanische Botschaften besetzen. Einerseits muß die Kirche ihre Pflicht zur Nächstenliebe und zum humanitären Beistand unter Beweis stellen, andererseits verstößt sie gegen die öffentliche Ordnung.

Die ethische Analyse

Die ethische Analyse, um die es hier geht, befaßt sich mit einer individuellen Entscheidung, die im Widerspruch zu einem staatlichen Gesetz steht, aber unter Berufung auf die Gewissens- und Religionsfreiheit gerechtfertigt wird. Diese etwas komplizierte Definition des Objekts enthält zwei Möglichkeiten von Widerspruch zum staatlichen Gesetz, je nachdem es sich

um ein Verbot oder ein Gebot handelt.

Das staatliche Gesetz, das ein Gebot enthält, setzt im Bürger eine moralische Haltung voraus, die sich in einem positiven Akt, in einer Leistung äußert. Die Aufkündigung des Gesetzesgehorsams, z.B. gegen das Steuergesetz, besteht in diesem Fall in einer passiven, nicht aktiven, Widerstandshandlung. Die Juristen erklären nun, daß das im Grundgesetz garantierte Recht auf Gewissensfreiheit nur für diesen Fall des Gebotes gilt, so daß der Widerstand sich nur in einem passiven Verhalten, in einem zivilen Ungehorsam äußert.

Anders verhalte es sich, wenn einer gegen ein staatliches Verbot handelt. Die Handlung besteht in diesem Fall nicht nur in einer Abstinenz, sondern einer echten Handlung, in der die Opposition gegen das Gesetz zum Ausdruck kommt. Nach der Erklärung der Juristen soll sich darum der Opponent nicht mehr auf die im deutschen Grundgesetz garantierte Gewissensfreiheit berufen können.

Aus der Sicht des Ethikers, der jedes Gesetz, sei es ein Verbot oder ein Gebot, unter dem Gesichtspunkt der natürlichen Gerechtigkeit beurteilt, ist die von den Juristen vorgenommene Unterscheidung irrelevant. Im Zentrum unseres Fragekomplexes steht ein echter Widerstand gegen ein Gesetz. Die ethische Frage heißt also: Welche Bedingungen müssen erfüllt sein zur naturrechtlichen Begründung der Unrechtmäßigkeit eines staatlichen Gesetzes? Bleiben wir der Einfachheit halber beim Asylgesetz.

Der Staat hat sich durch die Formulierung des Asylrechts als eines subjektiven Rechts selbst beschränkt und gewissermaßen geopfert. Er behält sich lediglich das Recht der Prüfung vor, ob der Asylsuchende wirklich als Verfolgter zu gelten hat. Ohne Rücksicht darauf, was er im Hinblick auf die Situation in seiner Gesellschaft überhaupt zu leisten vermag, übernimmt er durch die uneingeschränkte Anerkennung des subjektiven Rechts auf Asyl die Pflicht zur Aufnahme des Flüchtlings. Damit hat er die höchst moralische, im Evangelium geforderte Pflicht für sich als rechtlich verbindlich erklärt mit der Konsequenz, daß er seinerseits in eine praktisch nicht zu meisternde Situation hineingerät.

Anders sieht es im Naturrecht aus. Naturrechtlich besagt das Recht auf Asyl nicht, daß die Aufnahme gerade in dem Land stattzufinden hat, das sich der Asylsuchende gewählt hat. Es wendet sich grundsätzlich an die Menschheit. Solange es keine völkerrechtliche Regelung der Aufnahmepflicht gegenüber Asylsuchenden gibt, fehlt dem sogenannten Grundrecht auf Asyl der Adressat.

Man muß die Dinge konkret sehen. Die Bundesrepublik Deutschland beherbergt mehr Asylanten als alle andern Staaten der EU zusammen. Hier manifestiert sich eine eklatante Ungerechtigkeit hinsichtlich der Verteilung der Lasten. Daß sich viele in der Heimat Verfolgte an Deutschland wenden, liegt nicht nur an der diesbezüglich unglücklichen geographischen Lage Deutschlands, sondern auch daran, daß man in dem "sagenhaft reichen" Land besser aufgehoben ist als anderswo.

Eine scharfe, durch die Behörde des aufnehmenden Staates vorzunehmende Kontrolle ist selbstverständlich und auch notwendig. Vorgängig aber müßte der Staat das Asylrecht so formulieren, daß auch auf die sozialen und politischen Verhältnisse im eigenen Land Rücksicht genommen wird, dies auch im Hinblick auf die ungerechte Lastenverteilung unter den Staaten. Natürlich muß der Asylsuchende zunächst von dem Staat aufgenommen werden, an den er sich erstmalig wendet. Ob er aber in diesem Staat sein endgültiges Asyl finden soll, bleibt offen.

Vielleicht muß er, sofern es ein anderes hinsichtlich der Aufnahme von Asylanten besser gestelltes Land gibt, dorthin verwiesen werden. In jedem Fall hat der Staat das Recht, den Asylanten, wenn in seinem Heimatland keine Widerstände mehr drohen, in das Heimatland zurückzuschicken. Das alles ist hart und bedauernswert und ist vom einzelnen Mitmenschen, der mit dem Asylanten leidet, kaum zu verstehen.

Wer ist nun kompetent, den Bescheid der staatlichen Behörde nach Maßgabe der Gerechtigkeit zu beurteilen? Etwa der Asylsuchende oder ein anderer, der das Elend des Asylsuchenden aus der Nähe erfahren hat, oder die Kirche, gemäß der nach christlichem Ethos jeder in Not Geratene, woher er auch komme, ihren Schutz verdient, weil sie den göttlichen Auftrag hat, der Liebe und der Gerechtigkeit zu dienen?

Was den Asylsuchenden betrifft, so muß auch er sich fragen, ob er nicht vielleicht zu Hause mit größerer Umsicht hätte handeln sollen. Ein überzeugter Kommunist sollte sich überlegen, ob es gerecht ist, eine politische Tätigkeit zu entfalten, bei der er im vorhinein mit der Flucht in ein Asylland rechnen muß. Ein Bürger, der sich in die Meinung verbissen hat, daß die politische Trennung seiner Ethnie ein historischer Irrtum war, der endlich bereinigt werden muß, müßte sich zuerst überlegen, ob er seine persönliche Überzeugung in einer politischen Gewaltaktion zum Ausdruck bringen darf, wodurch ein grausamer Krieg vom Zaun gebrochen und ein noch größeres Elend bewirkt wird, als es bereits besteht. Er flieht dann ins Ausland und rechnet dort mit dem Asyl.

Wenn der Verfolgte einmal in seinem Wahlland angekommen ist, kann dieses mit ihm keine Gewissenserforschung veranstalten, ob er klug oder unklug gehandelt hat. Er ist nun einmal hier und zählt für alle, nicht nur für die Kirchen, ohne Einschränkung als Mitmensch, der nach den gesetzlichen Regeln human zu behandeln ist. Ob man ihm allerdings noch die Freiheit gewähren soll, politische Manifestationen zu veranstalten, mit denen auch das Asylland diplomatisch belastet wird, ist eine andere Frage. Wenn nun die Behörden des Asyllandes festgestellt haben, daß die Gefahr im Heimatland behoben ist, und darum die Ausweisung anordnen, wem steht dann das Kontrollrecht zu?

Natürlich wird der Asylant in den meisten Fällen empfinden, daß man ihm eine Ungerechtigkeit antut, dies um so mehr, als er sich im Asyl gut akklimatisiert hat und hier bessere Zukunftschancen sieht als in seiner kriegszerstörten Heimat. Und auch diejenigen, die den Asylanten schätzen gelernt haben, werden ihm beipflichten. Besonders die Kirchen, die sich als beauftragt betrachten, Notleidenden und Unterdrückten zu helfen, werden auf ein Recht pochen, auch über den Staat hinweg mit allen Mitteln, selbst mit dem kirchlichen Asyl, zu helfen.

Wenn nun der Asylant sein Urteil nicht als allgemein gültige Wahrheit verteidigen kann, weil der Sachverhalt von allen Seiten aus zu beurteilen ist, wozu der Asylant nicht in der Lage ist, kann dann vielleicht sonst ein Bürger des Asyllandes von sich sagen, er habe im konkreten Fall die Wahrheit gefunden?

Das ist eine schwierige ethische und vor allem sozialetische Frage. Bevor man sich damit befaßt, muß man sich fragen, ob es für einen solch konkreten Sachverhalt überhaupt eine Wahrheitserkenntnis gibt, die von allen als allgemeingültig akzeptiert werden muß. Diese Fragestellung gliedert sich in zwei Teile:

1. Worin besteht die ethische Wahrheit?
2. Welche Behauptung kann als allgemeingültig bezeichnet werden? ...

Resultat

Es geht also in unserer Problematik zu guter Letzt um die Kritik am Gesetz. Um dieses abzuändern gibt es einen normalen, verfassungsmäßigen Weg. Eine privat, d.h. von einzelnen Bürgern oder einer Gruppe von Bürgern formulierte Kritik muß zuerst diesen Weg begehen. Erst dann ist eine private Zuwiderhandlung gegen das bestehende Gesetz moralisch zu rechtfertigen. Nun gibt es konkrete, überdimensioniert harte Fälle, die nicht voraussehbar waren.

Für diese steht der gewaltlose Widerstand mit Übernahme der Sanktion immer noch zur Verfügung. Klüger ist aber in diesen Fällen die geheime Bereinigung des Mißstandes, natürlich auch hier mit dem Risiko, daß bei Entdeckung des Widerstandes die Strafe fällig wird. Bei einer so komplexen Materie wie der des Asylrechts, dem bis anhin der völkerrechtliche Ver-

teilungsschlüssel fehlt, ist das Urteil des einzelnen, der für das Ganze die Verantwortung nicht übernehmen kann, äußerst begrenzt.

Landen wir also beim Positivismus? In der Tat ist die letzte für die gesamte Staatsgesellschaft gültige Entscheidung, wenn man so will, positivistisch. Sie ist aber zugleich auch naturrechtlicher Art.

Das hat Thomas von Aquin, den die Juristen in Unkenntnis der thomistischen Naturrechtslehre fälschlicherweise des Dualismus, im Sinn eines Gegensatzes von Naturrecht und positivem Gesetz, anklagen, deutlich gezeigt. Das Naturrecht verlangt zur universal gültigen Formulierung eines Gesetzes und zu seiner Effizienz das positive, mit Zwangsgewalt ausgerüstete Recht. Anders gibt es keine friedliche Gesellschaft mit kontrollierbarer Sicherheit für alle.

Selbstverständlich bleibt die konkrete Formulierung des Rechts immer noch diskutierbar und unterliegt darum hinsichtlich des dem positiven Gesetz Unterworfenen immer noch dem individuellen Gewissen. Aber diesem individuellen Gewissensurteil fehlt die Allgemeingültigkeit. Dem einzelnen Bürger bleibt darum immer noch die Möglichkeit, sein persönliches Gewissensurteil dadurch zu manifestieren, daß er sein Mißfallen an der staatlichen Gesetzgebung durch eine Gegenaktion zum Ausdruck bringt, natürlich unter Inkaufnahme der vom Richter verfügbaren Sanktion.

Unter diesem Betracht ist dem Katholischen Erwachsenen-Katechismus, der die EKD-Position übernimmt, Recht zu geben: "In einer Ausnahmesituation, in der alle legalen Mittel des Protests und Widerspruchs ausgeschöpft sind und keine andere Möglichkeit bleibt, als durch einen gewaltlosen Akt des Ungehorsams den Widerspruch gegen staatliche Maßnahmen zum Ausdruck zu bringen, die nach gewissenhafter Prüfung als gemeinwohl- bzw. als gerechtigkeitsverletzend empfunden werden, ist ein Akt zivilen Ungehorsams (Rechtsverletzung) zwar illegal, er kann aber moralisch legitim sein.

Ein solcher zielt nicht auf die Aushöhlung und Untergrabung der demokratischen Ordnung, sondern auf ihre Erhaltung und Förderung. In einem solchen Akt zivilen Ungehorsams spiegelt sich das moralische Urteil wider, daß es gerechtfertigt sein kann, die Gesellschaft durch einen verschärften Widerspruch auf einen sonst nicht zu behebenden Mißstand aufmerksam zu machen. Die Ernsthaftigkeit der Überzeugung und des verfolgten Anliegens wird dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die für den begangenen Gesetzesungehorsam auferlegten Sanktionen in Kauf genommen werden."

Wenn aber eine kirchliche Institution ihre Opposition gegen eine staatlich verfügte gewaltsame Ausweisung eines Asylanten mit dem kirchlichen Asyl kundtun will, müssen die verantwortlichen Kirchenleute ihre Unterschrift unter die Maßnahme geben, zum Zeichen, daß nicht die Kirchengemeinde, sondern sie persönlich dafür haften und auch die gesetzliche Strafe übernehmen. Ein solches Unternehmen ist immer noch reichlich gewagt, weil die betreffenden Vertreter der Kirche bedenken müssen, daß sie unter Umständen das Ansehen der gesamten Kirche in Gefahr bringen.

Solange es keinen völkerrechtlichen Verteilungsschlüssel gibt, kann man mit dem naturrechtlichen Begriff der Gerechtigkeit gegen den Staat nicht argumentieren. Die gesamte Kontroverse wäre weniger aufregend, wenn im Grundgesetz das Recht auf Gewissensfreiheit nicht so subjektivistisch formuliert, sondern deutlich der gesamtgesellschaftliche Rahmen miterwähnt worden wäre, innerhalb dessen das subjektive Recht erst seinen Platz und seine Geltung hat. Hintergründig spielt hier das Mißverständnis eine Rolle, Gewissensfreiheit sei das gleiche wie Entscheidungsfreiheit. Der Gewissensspruch ist nicht Sache des freien Willens oder, wie es in Kantischer Formulierung heißen würde, Sache der Willkür.

Das Gewissen ist ein am Sein orientiertes Kontrollorgan der praktischen Erkenntnis. Mit der betont am Sein, d.h. der objektiven Wahrheit orientierten Erkenntnis ist jede Willkür ausgeschlossen. Die Gewissensfreiheit darf darum nicht der Entscheidungsfreiheit gleichgesetzt

werden. Sie ist an die Wahrheit gebunden, und zwar erstens an die theoretische, wie in unserem Fall an eine sehr kompliziert festzustellende, zweitens an die vom rectus appetitus geleitete praktische Wahrheit.<<